

Papierfundenbesten waren nur papierne Maßnahmen ergriffen worden und die schönsten Befehlungsgehege blieben unerledigt. Dagegen hatte die Verschleuderung der Staatsländerien und die Vermüftung der staatlichen Rugholzwaldungen durch einzelne Irigonenisten und große Gesellschaften gewaltige Formen angenommen.

Dank der vielen politischen und verwaltungstechnischen Fehler und Ungeschicklichkeiten der nach Irigonen unter der Präsidentschaft Dr. Alvears (1922 bis 1928) wieder zur Macht gelangten Radikalen Partei erreichte Irigoyens Popularität einen solchen Grad, daß die personalistische oder irigonenistische Richtung bei der Präsidentschaftswahl 1928 den beispiellosen Sieg erringen konnte. Das Volk, des wüsten Interessenstreites der radikalen Parteiführer überdrüssig, erwartete von Irigoyen eine dauernde Besserung der wieder recht kritisch gewordenen allgemeinen Verhältnisse, vor allem aber eine demokratische und korruptionsfreie Verwaltung. Aber gerade da hat Irigoyen furchtbar enttäuscht. In völliger Verkennung des Volkswillens und durch seine zweite Wahl zum Präsidenten der Republik, die er ein „Beibizit des Volkes“ nannte, vom Cäsarenwahn befallen, wollte er aus der Republik das machen, was er aus seiner Radikalen Partei gemacht hatte: Eine träge, stupide Masse, die nur seinem Willen gehorchen sollte, und durch die seine Minister für sich, die personalistischen Deputierten, Senatoren und politischen Macher in den Provinzen und Territorien ungeheure Vermögen ergöttern konnten. Er verhöhnte die Demokratie, spottete der Verfassung und den Gesetzen, demütigte die Opposition im Kongress und erkannte die ihm ungünstige Zusammensetzung des Senats nicht an. Durch die Dekretierung der unerhörtesten Ungerechtigkeiten, die Billigung kraffer Verfassungsbrüche vieler Provinzgewerke, wie die Einführung des katholischen Religionsunterrichtes in den Schulen von Cordoba u. a. m. torrumpierte er das Gewissen und den Charakter der leitenden Persönlichkeiten. Um für die Günstlinge seiner Partei gut bezahlte Stellen zu schaffen, verfügte er massenhafte Entlassungen der befähigtesten und erprobtesten Staatsbeamten. Andererseits überließ er völlig, daß als staatliche Angestellte tausende Personen mit 150 bis 1000 Pesos monatlich bezahlt wurden, die nur an den Zahltagen im Büro erschienen, um zwei Drittel oder auch nur die Hälfte des Gehaltes zu empfangen, während den Rest ihre Protektoren erhielten. Die gleiche Korruption herrschte in der Provinzverwaltung und bei den Konsulaten im Ausland. Die Minister behandelte Irigoyen wie untergeordnete Beamte, brüskierte sie öffentlich und nahm ihnen jede Autorität. Die ihm zur Unterjochung vorgelegten Dokumente wurden nicht nach ihrer Dringlichkeit erledigt, sondern in der Reihenfolge wie sie ihm vorgelegt waren, und dann erst, nachdem er sie ein paarmal durchgesehen hatte. Am Tage seines Sturzes wurden in seinem Büro an die zweitausend unerledigte Akten vorgefunden. Darunter waren viele, die ihm schon achtzehn Monate vorgelegen hatten. Zahlungsaufträge für große Lieferungen an den Staat, für im Ausland gebaute Kriegsschiffe, in Frankreich und Italien gekaufte Flugzeuge, Waffen und sonstiges Kriegsmaterial. Das hat Kredit und Ansehen des Landes um so mehr geschädigt, als Irigoyen auch die Konversionskasse schloß, die meisten Gesandten zur Disposition stellte und nicht durch andere ersetzte. Am Ende seiner Herrschaft war Argentinien auf dem amerikanischen Kontinent durch seinen Botschafter oder Gesandten mehr, sondern nur noch durch zwei oder drei Konsuln vertreten! Mit den großen Problemen des Landes, wie Arbeitslosigkeit, Kolonistenland, Baluaenwertung, Landwirtschaftsfrage, kommerzielle und industrielle Depression, Verkehrsbauten usw. beschäftigte er sich nicht, und die Lösung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit hatte er der Polizei übertragen. Als die Führer der Opposition das Volk in den Provinzen über diese unerhörte Mißwirtschaft aufklärten, wurden einige bei Demonstrationen „zufällig“ aus dem Hinterhalt erschossen, andere wurden eingekerkert oder ihre Mandate annulliert.

Das argentinische Volk verabscheut jede Art Diktatur. Schon in der Schule bringt die Geschichtsstunde den Kindern diesen Abscheu bei, wenn ihnen die Tyrannei des Diktators Rojas geschildert wird. An der demokratischen und republikanischen Staatsform hält das Volk, das unter allen südamerikanischen Völkern die beste politische Schulung hat, mit äußerster Entschlossenheit fest. Untaugliche Präsidenten konnten sich wohl einige Zeit behaupten, aber Diktatoren hat es seit Rojas nicht mehr gegeben. Auch die gegenwärtige provisorische Regierung wird keinen Versuch machen können, eine Diktatur zu errichten. Das Volk ist misstrauisch. Die Mitglieder der Regierung tragen die Namen von Politikern, die bei der letzten Revolution 1890 unter der Präsidentschaft von Suarez Celman die gleiche Rolle spielten, wie die jetzt verjagten Kugeln des Irigoyenismus. Nur der Umstand läßt dem Volk einiges Vertrauen ein, daß die konservative Regierung mit Zustimmung aller Parteien, selbst der unabhängigen Sozialistischen Partei, ohne Militärs gebildet wurde, ausgenommen Präsident, Kriegs- und Marineminister, und sofort mit den Vorarbeiten begonnen hat. Präsident, Kongress, Senat und Provinzparlamente in unbeeinflussten Wahlen wählen zu lassen.

Und die Bedeutung der Revolution für die argentinische Arbeiterbewegung? Die Industrie des Landes hat sich seit 1920 gewaltig entwickelt. Die Monopolstellung des Auslandes bei Belieferung des Landes mit Sackleinwand, Bindgarne, Segeltuche und so weiter, von denen ungeheure Mengen verbraucht werden, ist in den letzten Jahren schwer erschüttert worden. Diese industrielle Entwicklung der Nachkriegszeit hat die Arbeiterbewegung mächtig gefördert und sie vor neue Aufgaben gestellt. Die gesetzliche Festlegung der Sechsstundenschicht für Nachtarbeiter und der achtstündigen in den Tagbetrieben sowie andere sozialpolitische Verbesserungen sind erreicht worden. Obgleich die gewerkschaftliche Bewegung dezentralisiert und die politische seit ein paar Jahren gespalten ist, vermag sie doch bei entscheidenden Fragen ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Im aufgelösten Kongress hatten die Arbeiter vierzehn Deputierte und im Senat zwei Mandate.

An dem Erfolg der Revolution hatte die Arbeiterchaft insofern einen bedeutenden Anteil, als sie die revolutionäre Anklage der unabhängigen sozialistischen Deputierten mit den antirigoyenistischen Parteien billigte und auch entschlossen war, im Straßenkampf ihren Mann zu stellen. Das war glücklicherweise nicht nötig, denn der ganze Umsturz war das Werk einer halben Stunde. General Uriburu und die mit ihm verbündeten Offiziere hatten die Truppen vor das Regierungsgebäude geführt, Kanonen und Maschinengewehre aufgestellt und die Regierung durch eine Offiziersdelegation zum sofortigen Rücktritt auffordern lassen. Nicht einmal die vom Vizepräsidenten der Republik (Irigoyen hatte ihm am Tage vorher die Präsidentschaft übergeben) ge-

Militärerker Brest-Litowsk.

Die Schandtat des Pilsudski-Kurses.

Aus Polen erfahren wir:

Der Prozeß gegen die verhafteten Oppositionsführer wird sicher erst nach dem Wahltag des 16. November geführt werden, denn der Hauptzweck der ganzen Aktion ist ja, die Opposition im Wahlkampf ihrer Führer zu berauben. Um nun Beweismaterial für die Behauptung anzubringen, daß die Verhafteten einen bewaffneten Aufstand vorbereitet hätten, nimmt die Polizei in ganz Polen unzählige Hausdurchsuchungen, vorzüglich bei Sozialisten, vor, ohne schriftliche gerichtliche Ermächtigung, aber auch ohne Ergebnis. Die Regierungspresse behauptet, bei den Brüdern Filipczak, die Sozialisten sein sollen, hätte man Waffen und sogar Granaten beschlagnahmt. Der Sozialistischen Partei sind diese Namen vollkommen unbekannt, und als die sozialistische Presse von einer polizeilichen Pronotation sprach, redete man sich aus, es wären kommunistisch gefärbte staatliche Munitionsarbeiter! Allen Sozialisten, auch solchen, deren Beschäftigung die Bewaffnung zum Selbstschutz begründet, werden mit den Waffen auch die Waffenscheine entzogen. Die sozialistischen Nordbuben aber bedrohen ungehindert mit ihren Brownings die Bevölkerung.

Der Staatsanwalt Michalowski, Spezialankläger der Gefangenen in Brest-Litowsk, erklärt öffentlich, die Gefangenen bleiben bis auf weiteres von der Außenwelt isoliert und ihren Verwandten und der Verteidigung wird jeder Zutritt untersagt.

Jetzt beginnt man wenigstens den Verhafteten die Erteilung von Vollmachten an Rechtsanwälte und die Abgabe der vorgeschriebenen Erklärung zu gestatten, daß sie ein Mandat annehmen.

Es erwies sich als gerichtliche Notwendigkeit, dem in Brest-Litowsk eingekerkert gewesenen Abgeordneten Sawizki in einem gegen ihn geführten politischen Prozeß zu vernehmen. Dem betrauten Untersuchungsrichter wurde aber der Einlaß in die Festung verweigert, er mußte die Akten dem requirierenden Gericht zurücksenden.

Neue Verhaftungen!

Die Verhaftungen im Zusammenhang mit der Wahlbewegung mahnen sich in erschreckender Weise. So wurden die gewissen Abgg. Urbanjki (Christl. Dem.), Rachniej (Radikale Bauern-

partei), Pomidzki, Swandowski (Nat. Kröp.) und Bierzgat (Nat. Dem.) wegen Kandidatenreden verhaftet.

Pilsudski Kandidaten.

Warschauer Regierungsblätter melden, daß der Name des Marschalls Pilsudski als erster auf der Kandidatenliste des Regierungsbüros für die Sejmwahl steht.

Bei der vorigen Wahl erhielt die Kandidatenliste der Pilsudski-Partei außer den Ueberläufern aus anderen Parteien, eine Menge neue „Freiwillige“, d. h. Leute, die sich unter Gehorsamspflicht erbieten, ein Mandat anzunehmen. Selbstverständlich wurden fette Signaturen dafür zugefagt, doch waren die Gemächten unzufrieden. Diesem Uebelstande soll jetzt abgeholfen werden. So wurden

drei Generalsfrauen und drei Oberstenfrauen zur Kandidatur kommandiert.

Diese Frauen haben bisher keinen oder keinen nennenswerten Anteil am öffentlichen Leben genommen, um so größere Gehorsamsgarantie bieten sie. Der Krakauer „Naprzód“ („Vorwärts“) macht darauf aufmerksam, daß die Kandidaturen der Offiziersfrauen auch einen wirtschaftlichen Zweck verfolgen. Würden die Generale und Obersten selbst kandidieren, müßten sie als Abgeordnete auf ihre Gehälter verzichten, so beziehen sie die Gehälter weiter und die Frauen die Abgeordnetenentlöhne. Die Pilsudski-Partei liefert durch sich selbst den Beweis für die Behauptung Pilsudskis: „Die Abgeordneten wollen nur Geld, Geld, Geld!“

Raub der Gemeindefeldverwaltung.

Der Gemeinderat der Bergwerkstadt Sosnowice wurde aufgelöst und ein Staatskommissar eingesetzt; dasselbe wird in den Industriezentren Lodz, Radom, Warschau geschehen, die sozialistische Gemeindefeldverwaltungen haben.

Schon 44 Abgeordnete verhaftet.

Warschau, 6. Oktober 1930.

Heute wurde auf Anordnung des Staatsanwalts der sozialdemokratische Abg. Kotarski und der radikale Bauernabgeordnete Brona verhaftet. Damit erhöht sich die Zahl der verhafteten Parlamentarier auf 44. Ein Sechstel des früheren Sejm sitzt hinter Schloß und Riegel.

Stahlhelmer Friedrich Wilhelm.

Der Kronprinz zieht die Geldte-Uniform an.

Der Kronprinz, der sich vor seiner Rückkehr aus Holland gegenüber der Reichsregierung schriftlich verpflichtet hat, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten, ist dem Stahlhelm beigetreten und wurde dort als Ehrenmitglied aufgenommen. Am Sonntag betätigte er sich bereits in Koblenz anlässlich eines sogenannten „Reichsfrontsoldatentages“ als Stahlhelmmann in Uniform. In der Veranstaltung nahm u. a. auch der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete, frühere Generaloberst von Seedt teil.

Siller hat seinen Kumi, der Stahlhelm seinen Frigwi. Die Herren vom Hause Hohenzollern suchen Rückversicherung bei allen, von denen sie einen Vorstoß gegen die Republik erwarten. Da sie eine zahlreiche Familie sind, können sie überall Hohenzollernzellen bilden.

Sie wütern Morgenluft!

Italienische Faschisten in Koblenz.

Am dem Stahlhelmtag in Koblenz hat nicht nur der Kronprinz teilgenommen, der einst bei seiner Rückkehr aus Holland gelobt hatte, sich nicht politisch zu betätigen und der damit nur aufs neue bewiesen hat, was hohenzollerische Versprechungen wert sind; nicht nur der General von Seedt, der nach dem Tode Stresemanns die Hauptattraktionsnummer der Deutschen Volkspartei geworden ist und dem Stahlhelm mit keinem Erscheinen gezeigt hat, daß ihn die maßlosen Beschimpfungen Stresemanns durch den Stahlhelm nicht sonderlich berühren; es war auch, nach einem Bericht der „Boschischen Zeitung“, eine offizielle Abordnung der

faschistischen Partei Italiens anwesend, die besonders begrüßt wurde.

Und das ist ein hartes Stück. Denn die faschistische Partei Italiens nimmt in ihrem Lande eine Stellung ein, die nicht anders als amtlich bezeichnet werden kann. Da sie beansprucht diese Stellung ganz ungeniert und die neue Verfassung, das neue „Parlament“, überhaupt alle übrigen staatspolitischen Schöpfungen Mussolinis haben den offiziellen Charakter der faschistischen Partei weithin sichtbar sanktioniert. Immer wieder wird im faschistischen Italien betont: Staat und Partei sind identisch!

Sachlich liegen die Dinge in Sowjetrußland ziemlich gleich, nur mit dem Unterschied, daß die Sowjetunion mit Rücksicht auf die Dritte Internationale nach außen hin immer wieder beteuert, daß Sowjetstaat und bolschewistische Partei nicht identisch seien.

Jetzt möchten offenbar die italienischen Faschisten ebenfalls Internationale spielen. Nicht nur, daß sie unter der Hand ausländische Faschistenparteien finanziell unterstützen, sie entsenden jetzt sogar Delegationen zu Kundgebungen Gleichgesinnter im Ausland, z. B. zum Stahlhelmtag in Koblenz. Und dort wird unter dem Beifall der Abgeordneten Mussolinis die Zerfälschung der Regierung Otto Braun gefordert.

Das kann sich weder das Reich noch Preußen gefallen lassen. Wäre die faschistische Partei Italiens eine Partei wie jede andere, so wäre gegen ihre Anwesenheit auf Stahlhelm- und Holentkreuzkundgebungen kaum etwas einzuwenden. Aber eben weil die italienischen Faschisten sich als einzige zugelassene Partei etabliert haben und selbst verkünden: „Der Staat sind wir“, muß man ihnen gegenüber die Konsequenzen ziehen und sich jede Einmischung einer offiziellen ausländischen Körperschaft in unsere innerpolitischen Angelegenheiten entschieden verbieten.

Keine Landtagsauflösung.

Die Antwort Otto Brauns.

Auf eine im Preussischen Landtag eingebrachte nationalsozialistische Anfrage hat der preussische Ministerpräsident Braun folgende Antwort erteilt:

„Der Ausfall der Reichstagswahl gibt dem Staatsministerium keinen Anlaß, eine Auflösung des Landtags herbeizuführen. Die Wähler in Preußen, die am 14. September dieses Jahres für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gestimmt haben, können bei der nach Ablauf der in der Verfassung vorgesehenen vierjährigen Legislaturperiode des Landtags stattfindenden Neuwahl ihr verfassungsmäßiges Mit-

bestimmungsrecht ausüben. Dies entspricht auch den Gesetzen der Demokratie.“

Die „Germania“ verzeichnet diese Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten unter dem Titel „Die richtige Antwort“.

Offizier darf keine Jüdin lieben.

Weimar, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Vorführung des zur Zeit im Leipziger Theater laufenden Emelja-Films „Zwei Welten“, die demnach auch in Weimar beabsichtigt war, ist von Fritz verboten worden. Für die Zumberhandlung wird eine Geldstrafe von 1000 Mark angedroht. Näheres soll die Vorführung durch Zwang verhindert werden.

Der Film zeigt die Liebesgeschichte eines österreichischen Offiziers und einer Jüdin.

forderte Frist von fünf Minuten ist bewilligt worden. Ein heimtückischer Feuerüberfall irigonenistischer Faschisten, Alan Radical genannt, auf die einmarschierenden Soldaten bei dem Kongressgebäude war schnell juridisch gelöst und hatte Uriburu veranlaßt, ohne jeden Zeitverlust zu handeln.

Die schon begonnenen Wahlvorbereitungen für den neuen Kongress lassen vermuten, daß es eine reine Parteiregierung kaum mehr geben wird. Es sind Bestrebungen im Gange, die auf ein Dreiparteiensystem hinweisen. Die im Personalisten und Antipersonalisten gespaltenen Radikalen verhandeln über ihre Wiedervereinigung auf der Grundlage ihres ursprünglichen Programms. Bei den anderen bürgerlichen Parteien ist eine starke Vereinigungsströmung vorhanden. Die dritte Partei würde dann die sozialistische sein,

ob als unabhängige, alte oder Vereinigte Sozialistische Partei, steht dahin. Jedenfalls wird eine wie immer geartete verfassungsmäßige Regierung nicht mehr gegen die Arbeiter regieren können. Für den Fortschritt des Landes wäre es zu wünschen, wenn die Arbeiter zur Mitarbeit an der Regierung herangezogen würden. Verfassungsänderung, Erweiterung des Wahlrechtes auf die Frauen, Schul- und Chereform, Siedlungsgefeß, Agrarreform sind Probleme, die nur durch die Mitarbeit des ganzen Volkes zufriedenstellend gelöst werden können. Eine derartige Erweiterung der argentinischen Demokratie würde die Republik auch politisch an die Spitze aller südamerikanischen Staaten stellen. Die Zeit der Oligarchenwirtschaft ist vorbei, es muß die Herrschaft des Volkes errichtet werden!

Die KPD. für Massenelend.

Ihr Programm zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Die gewerkschaftlichen Parolenführer sind bei Teddy Thölmann in Ungnade gefallen. Die von ihnen massenhaft fabrizierten Programme haben die deutsche Arbeiterschaft noch immer nicht davon überzeugen können, daß die kommunistische Partei irgendeinen gangbaren Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zeigen kann.

Als letzten Ausweg sind die kommunistischen Propagandachefs auf den Gedanken gekommen, ein großes Schülerpreisaus-schreiben zur Erlangung eines zugkräftigen Wirtschafts- und Finanzprogramms zu veranstalten. Aus diesem Preiswettbewerb ist der kleine Moriz mit dem unten abgedruckten Vorschlag als erster Sieger hervorgegangen. Der kleine Moriz hat sich bei seiner Lösung streng an die Richtlinien der kommunistischen Preisrichter gehalten, daß es bei dem Programm nicht auf die Durchführbarkeit der Forderungen, die Richtigkeit der angegebenen Zahlen und ähnliche Vappalien ankommt, sondern einzig und allein auf die agitatorische Wirkung. Das Programm des kleinen Moriz, das inzwischen mit allen Rechten, auch dem der Veröffentlichung und Vertonung, in den Besitz der kommunistischen Partei übergegangen ist, geben wir nachfolgend wieder. Wir erlauben uns zugleich die richtigen Zahlen hinzuzufügen, was uns der kleine Moriz nicht verübeln möge.

	Zahlen der Kommunisten Mill.	Richtige Zahlen Mill.
Sofortige Einstellung der Zahlungen des Young-Plans	2000	1710
Streichung der Ausgaben für die Reichswehr	750	750
Streichung d. Bürgerkriegsausgaben f. d. Polizei	600	600
Sondersteuer auf Millonäre (20 Proz.)	1800	1200
Befreiung der Dividenden (20 Proz.)	320	200
Sondersteuer auf Aufsichtsratsmitglieder (20 Proz.)	200	20
Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark (20 Proz.)	380	250
Streichung aller Subventionen	500	300
Eingehung aller hohen Gehälter der Beamten, Angestellten in öffentlichen Stellen (über 8000 Mark) und der Riefenpensionen (über 6000 Mark)	200	100
Streichung der Ausgaben für die Kirche, Jemfur, Teno, Schlichtungswesen	300	170
Insgesamt:	7150	5310

Man sieht: die Kommunisten haben wieder einmal etwas gemogelt und 1 1/2 Milliarden mehr in ihr Programm eingestellt, als sich bei richtiger Rechnung tatsächlich ergibt. Aber das ist im Grunde gleichgültig, denn das ganze Programm ist eine einzige große Lüge. Die Kommunisten glauben selbst nicht, daß sich die Reparationsgläubiger die Einstellung der Youngzahlungen einfach gefallen lassen werden. Sie wissen ganz genau, daß sie im Reichstag für ihre Forderungen keine Mehrheit haben. Nicht einmal die Nazis werden dafür stimmen, weil sie nicht die Henne abschlagen dürfen, die ihnen die goldenen Eier legt. Und was soll alles Schönes mit den 7 Milliarden gemacht werden!

- Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich,
- Ausbau der Arbeitslosenunterstützung,
- Erhöhung der Leistungen der Wohlfahrtspflege,
- Erweiterung und Verbesserung der Kriegsopferversorgung,
- Senkung der Mieten und Steigerung des Wohnungsbaues, eine umfassende Hilfsaktion für den Mittelstand,
- Hilfe und Unterstützung für die Kleinbauern und für die Klein-gewerbetreibenden.

Freigebig werden Geschenke nach allen Seiten ausgeteilt. Dieses Programm kostet nicht 7 Milliarden, es kostet 15 Milliarden, wenn seine Forderungen nicht nur leere Pfröfen sein sollen. Aber die Kommunisten haben selbst nur ihr Programm auf 5 Milliarden berechnet. Die fehlenden 10 Milliarden nehmen sie aus der Luft.

Das „Programm für die Armen und Hungernden“ ist eine schamlose Verführung der breiten Massen und eine blutige Verhöhnung des arbeitenden Volkes. Die Kommunisten speien die Arbeitslosen mit falschen Zahlen an. Sie überwinden die Wirtschaftskrise mit plumpen Fälschungen und leeren Versprechungen. Und warum? Sie wollen die Arbeitslosigkeit überhaupt nicht bekämpfen, sie wollen die Wirtschaftskrise nicht überwinden, sie wollen die Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Wirtschaftskrise. Deshalb sind die wahren Ziele ihres Programms:

Einstellung der Young-Zahlungen, damit ein neuer Ruhrkrieg, eine neue Inflation, eine neue gewaltige Steigerung der Massenarbeitslosigkeit heraufbeschworen wird.

Streichung der Ausgaben für Heer und Polizei, damit die Republik mehreres den Diktaturgelüsten Hitlers und Hugenbergs ausgeliefert wird, damit Soldaten und Polizeibeamte auf die Straße fliehen, und damit sich Kommunisten und Nazis ungehindert die Schädel einschlagen können.

Streichung aller Subventionen, damit die Arbeiter von Mansfeld, die von den Schichauwerken, von den Deutschen Werken und viele andere brotlos werden.

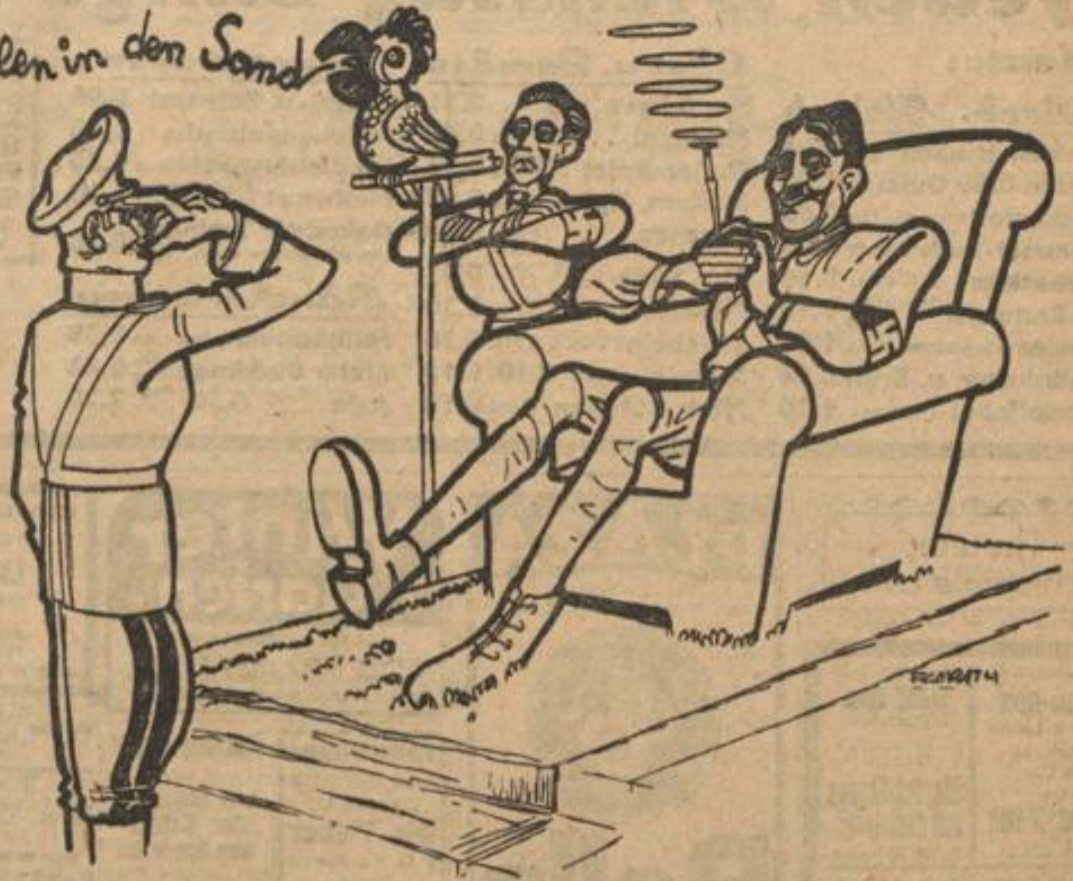
Streichung der Ausgaben für das Schlichtungswesen, damit überhaupt keine Schranke für Lohnabbau und Lohn-druck besteht. Stegerwald hat Bissell als Berliner Schlichter im Metallkonflikt ausgeschaltet, weil er ihm unbehagen ist. Die Kommunisten wollen alle Schlichter beseitigen.

So sieht das kommunistische „Programm für Brot und Freiheit“ in Wirklichkeit aus. Es ist ein Programm für die Verelendung der Massen, für gewaltige Verschärfung der Arbeitslosigkeit, für Verewigung der Wirtschaftskrise und für den Bürgerkrieg. Die Kommunisten wollen Bürgerkrieg und Massenelend, weil sie nur so ihr Ziel erreichen können. Auf den Trümmern der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Wirtschaft soll das kommunistische dritte Reich, soll sich Sowjetdeutschland erheben.

Katholische Kirche gegen Hofentzug. Der Bischof von Mainz hat an die Geistlichen seiner Diözese folgende Anweisungen erlassen: 1. Jedem Katholiken ist es verboten, eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei zu sein; 2. Mitgliedern der Hitler-Partei ist es nicht gestattet, Inoporation an katholischen Beerdigungen oder sonstigen kirchlichen Veranstaltungen teilzunehmen; 3. Solange ein Katholik eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei ist, kann er nicht zu den Sakramenten zugelassen werden.

Ad R. Heines, Fememörder

Räpfe rollen in den Sand



„Ich habe Sie zu REICH Reichstagsabgeordneten gemacht. Haben Sie denn schon mal was geleistet, Herr Leutnant?“
 „Zu Befehl, Herr Hitler, ich habe mit 3 Mann einen völlig wehrlosen Menschen mit Erfolg gemeuchelt!“
 „Ganz schön. Und was machen Sie jetzt, Herr Leutnant?“
 „Zu Befehl, Herr Hitler, ich studiere Jura!“
 „Das wäre doch der gegebene Justizminister für uns. Nicht wahr, mein lieber Goebbels?“

Finnland fordert Freiheit.

Wahlsieg der Opposition.

Helsingfors, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch und Donnerstag wurde der neue Reichstag gewählt, aber auch jetzt liegen erst Teilergebnisse vor: sie zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei mit einem Zuwachs von 10 bis 12 Mandaten rechnen kann. Fast zwei Drittel der früher kommunistischen Stimmen sind der Sozialdemokratie zugefallen. In Helsingfors ist die Stimmzahl der Sozialdemokratie von 12 551 auf 29 317 Stimmen gestiegen.

Das endgültige Ergebnis ist erst Anfang nächster Woche zu erwarten.

Kopenhagen, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

„Socialdemokraten“ erhält aus Helsingfors die Meldung, daß im neuen Reichstag Sozialdemokraten und Schwedenpartei stark in der Mehrheit sind, die reaktinäre Verfassungsänderung somit parlamentarisch nicht durchgesetzt werden kann.

Sowjetrußland und die hohen Gehälter

Sie treiben sie nach oben.

Die „Rote Fahne“ selbst sich das Vergnügen, das Einkommen sozialdemokratischer Abgeordneter und das Einkommen erwerbsloser Arbeiter gegenüberzustellen.

Man könnte ebensogut das Einkommen kommunistischer Abgeordneter mit dem eines Erwerbslosen kontrastieren. Man könnte Herrn Münzberg zum Vergleich heranziehen, oder bekannte Salonkommunisten. Ebenogut aber könnte man Erwerbslose gegen in Arbeit stehende Metallarbeiter aufheben oder ungelernete Arbeiter gegen qualifizierte Arbeiter.

Die Methode ist die gleiche. Wenn jedoch die „Rote Fahne“ gegen übermäßig hohe Gehälter ankämpft, so sagen wir ihr: Wohltun beginnt zu Hause!

Die Sowjetregierung hat den Frankfurter Stadtbaurat Wan nach Rußland berufen. Herr Wan bezieht dort 150 000 Mark Jahresgehalt, davon 100 000 Mark in Mark in Deutschland zahlbar. Herr Wan hat in Frankfurt noch nicht den vierten Teil dieser Bezüge gehabt, seine Stelle ist inzwischen zu bedeutend niedrigeren Bezügen ausgeschrieben worden.

Die Sowjetregierung verhandelt ferner mit anderen Spezialisten in Deutschland. Sie bietet Gehälter, die in Deutschland nicht gezahlt werden und nicht gezahlt werden können.

Wir erwarten, daß nun die „Rote Fahne“ sich über die Höhe der Spezialistenbezüge in Sowjetrußland erregen wird. Selbstverständlich wird die russische Methode einer Herabsetzung überhöhter Spitzengehälter in Deutschland entgegen. Das Gelärm der „Roten Fahne“ und die Praxis ihrer russischen Freunde stehen wieder einmal in schreiendem Gegensatz.

Statt Partei Arbeitsgemeinschaft.

Sang- und klangloser Abbau der Staatspartei.

Der Aktionsausschuß der Staatspartei wird sich am Dienstag mit der Krise im eigenen Lager befassen. In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Staatspartei in der anfänglich beabsichtigten Form zustandekommen wird. Man rechnet vielmehr damit, daß die Demokraten ebenso ihre organisatorische Selbstständigkeit behalten werden, wie es die „Nationalsozialistische Vereinigung“ für sich in Anspruch nimmt, und daß die künftige Zusammenarbeit zunächst auf der Basis einer Arbeitsgemeinschaft vor sich gehen wird.

Von dem parteimäßigen Gebilde, wie es von allem Anfang an als Staatspartei in Aussicht genommen war, zur Arbeitsgemeinschaft. Das ist natürlich der Anfang vom Ende!

Südbrasilien im Aufstand.

Die Aufstandsführer mobilisieren.

Rio de Janeiro, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Die brasilianische Regierung hat den Aufständischen im Süden des Landes Friedensverhandlungen an. Die Aufstandsführer lehnten jedoch einstimmig ab und ordneten gleichzeitig die Mobilisierung aller Männer zwischen 21 und 35 Jahren zum Marsch gegen die Regierungstreuen in Sao Paulo an. Der Bundeskongreß verhängte inzwischen das Kriegsrecht über die Hauptstadt und bewilligte einen Sonderkredit von 100 Millionen Milreis zur Bekämpfung des Aufstandes. Die Lage wird im allgemeinen als pessimistisch betrachtet, zumal die Unruhbewegung durch die Regierungen zweifelhafter Bundesstaaten offen gefördert wird.

Rumänische Bauernregierung erledigt.

Maniu zurückgetreten.

Bukarest, 6. Oktober.

Ministerpräsident Maniu überreichte in Sinaia dem König aus angeblichen Gesundheitsrücksichten sein Rücktrittsgesuch. Der König hat die Demission angenommen, seinen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen und das Kabinett Maniu ersucht, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen. Der König erklärte, er werde in kürzester Zeit die Beratungen mit den Parteiführern aufnehmen.

Maniu hat als seinen Nachfolger den bisherigen Ackerbau-minister Michalache vorgeschlagen. Michalache hat vor Jahren die Nationalsozialistische Partei geführt und war neben Maniu die markanteste Persönlichkeit des Kabinetts. Aber Voraussetzungen sind die dem König dem Vorschlag Manius entgegen und nicht den Erwartungen der faschistischen Gruppen auf Bildung einer Diktatur- oder Konzentrationsregierung. Offiziell ist König Carol bestrebt, eine Auflösung des Parlaments solange als möglich zu vermeiden.

Dr. Goebbels hat jetzt seine Mandate als Stadtratsmitglied und Bezirksverordneter in Charlottenburg niedergelegt, und zwar wird dies mit Arbeitsüberlastung infolge seiner Bemter als Reichstags-abgeordneter, Reichspropagandaleiter der Partei und Zeitungsher-ausgeber begründet. Führer der NSDAP-Fraktion im Stadtparliament ist jetzt Dr. Lippert.

Der Untergang des Luftriesen R 101

Die Bestürzung über das entsetzliche Unglück und seine gewaltigen Ausmaße ist nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt allgemein, und die Erschütterung über den jähen Tod so vieler hervorragender Männer des britischen Luftverkehrs kommt in der Fülle der Beileidstundgebungen und in der Wärme ihres Tons deutlich zum Ausdruck. Ueber die Ursache der Katastrophe kann man zunächst nur Vermutungen anstellen. Auch die mit dem Leben davongekommenen Personen sind offenbar von dem Vorgang so überrascht worden und verdanken ihr Leben so merkwürdigen Zufällen, daß sie kaum den Zusammenhang werden rekonstruieren können. Wenn bei dieser furchtbaren Katastrophe ein Unstaud tröstlich wirkt, so ist es der Beweis allgemeiner internationaler Solidarität der am Luftverkehr und an seinen technischen Fortschritten interessierten Völker und ihrer politischen und sachlichen Führer. Besonders zwischen Deutschland und England hat auf diesem Gebiete seit geraumer Zeit eine enge Zusammenarbeit bestanden.

Pioniertätigkeit erfordert Opfer. Es ist nicht die erste Katastrophe dieser Art, wenn auch in ihren Ausmaßen eine der größten, die die Eroberung der Luft für den menschlichen Verkehr bisher gefordert hat. Deutschland beklagt heute, nur einen Tag nach diesen tragischen Verlusten Englands, seinerseits die Opfer einer schweren Flugzeugkatastrophe, die im regulären Verkehr ums Leben gekommen sind. Aber die allgemeine Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit dieses Verkehrs und aller Erfahrungen, die mit dem Einsatz wertvoller Menschenleben gesammelt werden müssen, wird dadurch nicht beeinträchtigt. Und so schmerzlich die Verluste für die unmittelbar Betroffenen, für ein ganzes Volk, für die Menschheit sein mögen, liegt doch in dem Bewußtsein ein Trost, daß in dem Streben nach friedlichen, völkerverbindenden Zielen, nicht in einem destruktiven Wettbewerbs zum Nachteil anderer diese Opfer gefallen sind und daß die Anteilnahme der ganzen Menschheit ihnen ein hohes und ehrenvolles Gedächtnis sichert.

Die Untersuchung ist im Gange.

Paris, 6. Oktober.

Der Laster Radcliff, einer der acht Ueberlebenden der Luftschiffkatastrophe ist am Montag morgen im Krankenhaus Beauvais gestorben. Der Zustand der sieben übrigen Verletzten ist mit Ausnahme der Ingenieure Savory und Cook, die sehr schwere Brandwunden erlitten haben, zufriedenstellend. Aus Beauvais wird weiter bestätigt, daß es auch bis zur Stunde noch nicht gelungen ist, die aufgebahnten Leichen zu identifizieren. Auch die drei unter den Trümmern noch vermissten Leichen sind trotz eifrigen Suchens nicht mehr aufgefunden worden, und man nimmt an, daß sie völlig zu Asche verbrannt sind. Der Direktor der Technischen Abteilung für die Luftschiffentwicklung im englischen Luftfahrtministerium, Kapitän Holt, soll die amtlichen Angaben des englischen Luftfahrtministeriums über die Anzahl der Toten angezweifelt haben. Demgegenüber hält das Luftfahrtministerium daran fest, daß die von ihm herausgegebene Personenliste zutreffend ist, wonach sich insgesamt 54 Personen auf dem Luftschiff befanden hätten, von denen 47 umgekommen seien. Daß sich blinde Passagiere eingeschlichen haben sollen, wird als ausgeschlossen bezeichnet.

Am Montag vormittag traf eine Sachverständigenkommission, die auf dem Luftwege aus England gekommen war, an der Anglücks-

stätte von Beauvais ein. Die Vorgänge unmittelbar vor dem Unglück sind trotz der Aussagen der Ueberlebenden noch nicht geklärt. Sicher ist, daß das Luftschiff in stöckdunkler Nacht bei außerordentlich schlechtem Wetter mit geringer Geschwindigkeit sehr niedrig flog. In der Nähe der Unfallstelle ist ein Fund gemacht worden, der eine andere Erklärung der Katastrophe zuläßt. Etwa zwei Kilometer von den Trümmern des Luftschiffes entfernt, entdeckte man Aluminiumteile, die zweifellos vom Gerippe des Luftschiffes herrühren. Man vermutet, daß es Teile des Höhensteuers sind und daß eine Beschädigung des Höhensteuers den Absturz herbeigeführt hat. Andererseits nimmt man auch an, daß diese Metallteile durch die Wucht der Explosion fortgeschleudert worden sind. Kapitän Holt glaubt, daß das Unglück durch einen Bruch des Gerippes und nicht durch ein Versagen der Motoren erfolgte.

Wasserstoffgas und Helium.

Die Meldungen, die in Berlin eintrafen, lassen erkennen, daß das Wasserstoffgas bei der Katastrophe eine unheilvolle Rolle gespielt hat. Damit wird die Frage des zweifelhaften Traggas für Luftschiffe aufgeworfen. Da Sicherheit auch für die Luftschiffahrt alles ist, spielt sich die Frage dahin zu: Entweder gelangt es, Helium so billig herzustellen, daß es wirtschaftlich benutzbar ist, oder wir müssen dem Wasserstoff bzw. dem Knallgas seine Feuergefährlichkeit nehmen. Mit der Lösung dieser Frage steht und fällt die Luftschiffahrt als Faktor im wirtschaftlichen Verkehr.

Das Luftschiff soll in der Luft genau so schweben wie der Schwimmer im Wasser. Dazu ist erforderlich, daß das Gewicht des Luftschiffes, mit allem, was drin und dran hängt, genau so leicht wird oder noch um ein wenig geringer als das Gewicht der Luft, die von dem gesamten Schiff verdrängt wird. Ein Luftschiff ist aber ein bedeutendes schwerer, weil alle Materialien, die wir beim Bau verwenden, auch die allerleichtesten, immer noch schwerer sind als die Luft. Man muß daher das Gewicht des Luftschiffes herabsetzen, indem man die gewaltige Hülle mit einem Stoff anfüllt, der leichter ist als die Luft. Hierfür stehen in großem Maße nur zwei Gase zur Verfügung:

der Wasserstoff und das Helium.

Wasserstoff ist ein völlig geruch- und farbloses Gas, der leichteste Stoff, den wir bisher überhaupt kennen. Da er rund zehnmal so leicht ist wie die Luft, erfährt ein Liter Wasserstoff in der Luft einen Auftrieb von rund einem Gramm oder, anders gesprochen: jedes Liter Wasserstoff, welches in die Ballonhülle hineinkommt, macht das Luftschiff um ein Gramm leichter; umgekehrt: ersetzt man ein Liter Wasserstoff in der Ballonhülle durch Luft, so wird das Schiff um ein Gramm schwerer. Jedes Gramm Gewicht im Luftschiff erfordert also einen Liter reines Wasserstoffgas, um in der Schwebelage gehalten zu werden.

Bei einem modernen Großluftschiff müssen in der Hülle mindestens 50 000 bis 100 000 Kubikmeter Wasserstoffgas untergebracht werden.

Woher nimmt die Luftschiffahrt diese gewaltigen Mengen Wasserstoff? Dieses Gas kommt in gewaltigen Mengen auf der Erde vor, nämlich chemisch gebunden im Wasser. Schält man einen elektrischen Strom durchs Wasser, dem man etwas Schwefelsäure zugefügt hat, so wird es in zwei Gase zerlegt: in Wasserstoff und Sauerstoff, die getrennt aufgefangen werden. Man nennt diesen Vor-

Dr. Edener über die Katastrophe.

Friedrichshafen, 6. Oktober.

Dr. Edener äußerte sich dem Vertreter des VLB gegenüber in einer längeren Erklärung über die Katastrophe des „R 101“. Dabei sagte er u. a.: Die Katastrophe wäre aber in ihrem Umfang nicht so furchtbar geworden, wenn das Luftschiff an Stelle von Wasserstoffgas mit Helium gefüllt gewesen wäre. Es ist außerordentlich dankenswert, wenn die amerikanische Regierung in diesem schicksalsschweren Augenblick bekannt gibt, daß sie für die Handelsluftschiffahrt Helium zur Verfügung stellen will, das in Amerika in ausreichendem Maße vorhanden ist. Der Luftschiffbau Zepplin wird sich in der weiteren Verfolgung seiner Pläne durch die befallenen Katastrophe des englischen Luftschiffes nicht beirren lassen.

gang „Elektrolyse“. Etwas Ähnliches bewirkt der elektrische Strom bei der Kochsalzlyse. Diese Elektrolyse oder elektrische Zerlegung von Kochsalz ist in Deutschland bereits sehr hoch entwickelt, so daß Deutschland in der Wasserstoffentwicklung an der Spitze steht. Wasserstoff wird in großen Mengen von Margarinfabriken gebraucht. Er verwandelt nämlich flüssige, stark riechende Öle in harte, geruchlose Fettsäuren. Die meisten Luftschiffhallen besitzen heute jedoch ihre eigene Elektrolyseanlage, um die Transportkosten zu sparen. Ein Kubikmeter Wasserstoff kostet am Ort 10 Pf., nach Transport 40 Pf. Man leitet den aufgefundenen Wasserstoff in Gasometer oder in unterirdische Hochdruckkessel und von hier aus durch holzbedeckte Kanäle und Stoffschläuche in die Gasometer der Hülle, die in ihr eingebettet liegen wie die Bohnen in der Schote.

Diese Gaszellen bilden eine der schwierigsten Fragen des Luftschiffbaus.

Der Wasserstoff, der leichteste und beweglichste Gase unter den Elementen, schlüpft auch durch die engsten Poren. Man hat zuerst Gaszellen von gefirnister Leinwand, später von Goldschlägerhaut hergestellt. Dann nahm man statt der knappen Goldschlägerhaut andere Därme und überzog sie mit Seidenstoff. Doch die Stoffzellen haben die unangenehme Eigenschaft, daß sie begierig die Feuchtigkeit aus dem Wasserstoffgas und der Luft aufsaugen und dann stockig werden und schimmeln. Auch die modernsten Gaszellen lassen im Laufe der Zeit immer noch Wasserstoff heraus und Luft hinein. Das erstere führt zur Bildung von Knallgas und das andere bewirkt eine Verunreinigung des Wasserstoffes mit dem schweren Sauerstoff und Stickstoff der Luft. Die Bildung von Knallgas innerhalb der Hülle ist der Grund dafür, daß man die Motoren und Kabinen außerhalb der Hülle in besonderen Gondeln unterbringen muß und daß das Raucherbot streng durchgeführt wird.

Das Helium ist ebenfalls ein farbloses und geruchloses Gas. Es wurde nicht auf der Erde, sondern zufolgen auf der Sonne entdeckt. In dem Spektrum der Sonnenprotuberanzen — das sind gewaltige Explosionsflammenfäden auf der Sonne, die sich bilden, wenn bis zur Weißglut erhitzte Gasmassen aus dem Innern in den Weltraum hinausgeschleudert werden — fand man die gelbe Heliumlinie und nannte das bis dahin unbekannte Gas Helium oder Sonnengas. Danach fand man Helium auch auf der Erde in den Gasen ausbrechender Vulkanen und im Monazitit, einer Gesteinsart, die radioaktive Stoffe enthält. Helium bildet sich immer beim Zerfall radioaktiver Stoffe. Auch in der Luft kommt Helium



Unrecht. Nachdruck verboten. Gustav Riepenhauer Verlag G.-G., Berlin-Weißhof.

Berla also atmete süßen Staub, überwachte den Motor einer der Milchmaschinen und hatte zugleich darauf zu achten, daß von drei Seiten immer eine gleichmäßige Menge Tabak ungehindert hinunterließ in den Wirbel der Körnchen und Fäden. Viel reden konnte er bei dieser Arbeit nicht, und der Vorarbeiter, der ihm gegenüberstand und in gewissen Zeiträumen Proben aus dem gleitenden Tabak abzunehmen hatte, war auch nicht mit einem fleißigen Mund begabt. Die sechs anderen Kollegen standen in drei und vier Metern Abstand — Berla brauchte also nicht zu reden.

Bis zur Mittagspause. Sie stapften in unregelmäßiger Kolonne über den aufgeweichten Hof zum Tor, wo sie lieber saßen als in der dunstigen Kantine. Frische Luft war die beste Medizin gegen den zum Erbrechen reizenden Tabakdunst, und außerdem konnte man die Landstraße bis nahe zum nächsten Vorort und bis zu den ersten Häusern der Stadt überblicken. Sie bildeten Gruppen, haften sich auf den vorspringenden Rand der Mauer, kauten Brot und ruhten aus. Eine Flasche Bier oder einen Schluck Kaffee nahm man zwischendurch, bis bedächtig in das Brot und sprach ein paar langsame Worte.

Berthold Berla schloß sich sehr weit ab von den meisten. Ihm war heute besonders übel — aber bestimmt nicht von der Atmosphäre. Er hatte eine heimliche und tolle Wut zur Arbeit geschleppt, einen Jörn gegen sich selbst, der keine Grenzen kannte, und er spürte dennoch seine Machtlosigkeit, aus diesem selbstgeschaffenen Kreis des Geschehens zu entkommen. Seine Hand öffnete selbständig die Bierflasche, er nahm einen Schluck — das Bier rann sauer durch seine Kehle. Sofort spie er aus, betrachtete die Hand erstaunt, bekam einen roten Kopf und warf die Bierflasche in weitem Bogen an die Mauer. Das Bier und das Glas spritzte umher.

„Hallo“ schrien einige, „Kollege, das ist aber nicht nett! Du willst wohl mal einen Rinnhaken von Paule ausprobieren, wie? Eine besondere Marke, sehr zu empfehlen...“

Berla antwortete mit keiner Silbe. Er hatte die Hände in den kalten Stein gelegt, fühlte die üble Feuchtigkeit des Gemäuers und sein Rücken zuckte.

Röhn, einer der Arbeiter aus dem Milchsaal, war als erster bei Berla, drei andere hielten sich etwas zurück und schwiegen, auch der drakonische Sprecher von vornhin. Die Gruppe am Tor fuhr unbeirrt in der Debatte fort, ein Lieferauto schob mit Hupengeheul heran.

Der ziemlich alte Röhn, ein Mann mit einem seitlichen Höcker und sehr sonderbar in allem Tun, still und nie zu kameradschaften geneigt, legte seinen Arm auf Berlas Schulter, klopfte leise mit der Hand auf den Rücken des Bebeugten und sagte nichts als: „Na, na...“

Diese Nähe eines Menschen, der einen Augenblick nichts als gut sein wollte, schien dem Erregten ungemein tröstlich. Nein, es ging ihm nicht um den eigentlichen Begriff der Treue, die war ihm so wichtig nicht, wie manche sie machen wollten, es ging nicht um die Reinheit und die Moral — es war etwas anderes, es war die Niedertracht gegen sich selbst. Er war erbost und erschüttert zugleich, daß ein Mädel nur mit den Augen winken brauchte, um ihn einzufangen, ihn zu der Gemeinheit zu verleiten, sich mit ihr abzugeben, jetzt, da Annie krank, immer noch nicht ganz der Gefahr entrückt, im Wächnerinnenstall lag. Zu jeder anderen Zeit — gut, das ließ sich verstehen und mit einem Lachen, mit einem etwas unangenehmen, aber einfachen Wegdenken beiseite schieben... er wandte sich um, Röhn schüttelte den Kopf „Was machst du für Sachen?“

„Wißt Ihr denn alles?“
„Nein — aber denken kann ich mir, ich habe dich doch mit der Keimers gesehen. Ruhig Blut, es ahnt niemand — siehst du, die drei sind auch schon zurückgegangen, die Pause ist gleich um. Ich bin doch deshalb immer allein geblieben.“

Jetzt fiel es Berla auch auf, der Arbeiter trug keinen Ring, und wenn er sprach, gab es kein Wort über sein Zuhause, über eine Frau oder Kinder...

„Ja, ich bin allein geblieben. Nur fünf Jahre nicht, so bis zweiunddreißig, weißt du. Da habe ich eingesehen, was für ein Geföck die Weiber sind. Ich hatte eine aus dieser Fabrik genommen, eine Paderin. Sie war mollig und lustig, man hatte was im Bett und im Kochtopf. Solange es ging. Sie bekam ein Kind, es lebte zwei Jahre — im dritten

kam wieder eins — nur länger als zwei Jahre lebten sie nicht. Keines der Kinder hatte einen Buckel, ich freute mich. Als ich an einem Morgen plötzlich auf dem Weg zur Arbeit krank geworden von dem Gift, das sie mir in den Kaffee tat, ohne daß ich merkte, zurückkam, um elf, war sie weg. Sie lief nicht anderen Männern nach, sie sah jeden Tag bei einem Mädel, die auf den Strich ging, bewunderte deren Kleider, schalt mich einen Lumpen und armseligen Kumpan und versuchte, mich bequem loszuwerden, um sich dann auch Kanäle zu suchen, die ihr seidene Kleider schenken würden. Weißt du, ich hab einen Knüttel genommen — und ihn in die Ecke geworfen, weil ich die nicht schlagen konnte. Ich sah es nicht an, ich ging los und ließ mich von ihr mit einer alten Webe erweichen, absichtlich. Sie, die mir Gift gegeben hatte, reichete die Scheidung ein, erprekte Alimente, und noch jetzt zahle und zahle ich, bis sie achtzig ist und kreipert oder ich vor ihr Gras beiße. Das kann man erleben mit Weibern. Du denkst vielleicht, ich bin ihr nachgelaufen? Kein Gedanke — sie hat die Röcke vor mir wehen lassen, sie sprach mich an, sie schlug Ausflüge vor und einmal dabei packte sie sich so ins Gras — na, du kennst das. Ich verlor den Kopf. Aus. Heirat.“

„Lieber Röhn, das ist sehr nett, was du da erzählst, aber was soll ich damit? Meine Frau ist krank — und ich geh mit einer anderen in die Wohnung, lasse mir Essen servieren wie ein Herr und packe sie aufs Sofa...“

„Aha — kommt das Glend also nicht von den Weibern? So oder so? Warum heiratet ein Arbeiter? Ein Kaufmann gut, der läßt die Frau in der Klinik liegen, zweiter Klasse, geht ins Restaurant, liest die Zeitung und wird vom Kellner bedient. Du, mein Lieber, kannst in die Speisehalle gehen und Suppe löffeln. Dich ins Bett packen und pennen. Niemand räumt auf, niemand stopft deine Strümpfe, du bist allein, weil du ein armer Mensch, ein Prolet bist und die Kneipe magst du nicht. Dort trifft du andere Proleten. Dort läufst du — du stehst es bei allen, allen, wie sie ihr Geld in Bier und Schnaps stecken. Es fängt mit einem Glase an, dann werden es Kunden, dann kommen die Karten, und schließlich holt dich deine Frau mit heulenden Kindern am Lohnstag aus der Bierquelle mit Geseife ab — drei Mark hast du noch in der Tasche, der Hunger wohnt in Untermiete. Da s willst du nicht, du bist ein Stiller, Berla, ich hab dich oft angesehen und über dich nachgedacht. Sieh mal, ich hab ja nichts anderes zu tun, als zu arbeiten, Alimente zu zahlen und zu denken. Schlimm — der Arbeiter darf nicht denken.“
(Fortsetzung folgt.)

vor. Da es aber leichter ist als die Luft, steigt es mit dem Wasserstoff bis in die höchsten Höhen hinauf. Das Spektrum des Nordlichts beweist uns, daß

in 100 Kilometer Höhe die Atmosphäre nur noch aus Wasserstoff und Helium besteht.

Bis zum Jahre 1917 besaß man auf der ganzen Welt nur ein einziges Kubikmeter Heliumgas, das auf die Forschungsinstitute verteilt war und hier wie ein Schatz behütet wurde. Es kostete etwa eine Million Mark. In größeren Mengen konnte es erst gewonnen werden, als man es in den Erdgasen entdeckte, die aus den Erdölquellen mit entweichen, in Kanada, Galizien, Rumänien, in Deutschland auch in der Lüneburger Heide vorkommen. Die große Schwierigkeit besteht darin, das wenige Helium von den übrigen Erdgasen zu trennen. Man kühlt das Erdgas auf immer tiefere Temperaturen ab, bis auf minus 300 Grad Celsius. Dabei werden alle Erdgase flüchtig, nur nicht das Helium.

Das Helium verflüssigt sich erst bei minus 268 Grad.

Dieses Kohlenstoff wird nun nach verschiedenen Geheimverfahren nochmals gereinigt. Das Verfahren war 1925 in Amerika bereits soweit ausgearbeitet, daß ein Kubikmeter Heliumgas nur noch einen Dollar kostete. Man besaß 1925 in Amerika gerade so viel, wie zur Füllung von zwei Luftschiffen erforderlich ist.

Das Helium ist, im Gegensatz zum Wasserstoff, nicht brennbar und bildet mit der Luft keine explosiven Gasgemische. Diese Eigenschaft macht es zu einem idealen Traggas für die Luftschiffahrt. Für die deutsche Luftschiffahrt kommt Helium vorläufig kaum in Frage, da es zu teuer ist. Unsere heimische Technik steht einzig und allein vor der Aufgabe, den Wasserstoff und das Amalgam für die Luftfahrt völlig ungefährlich zu machen.

Die Dresdener Flugkatastrophe

Auch hier die Ursache ungeklärt.

Dresden, den 6. Oktober.

Ueber den Hergang des Flugzeugunglücks erzählt die T. L. nach folgende Einzelheiten:

Das Flugzeug flog mit starkem Rückenwind und setzte über den Schiffsänden zu einer letzten Kurde an, als plötzlich die Maschine am linken Flügel hochgerissen wurde und sich zweimal seitwärts überschlug. Darauf beugte sich die Maschine, die inzwischen an Fahrt verloren hatte, nach vorn über und trudelte senkrecht zu Boden. In einer etwa sechs Meter breiten, feilich mit Bäumen dicht bestandenen Bodensenkung kam die Maschine herunter. Der Motor hatte sich tief in den Boden eingegraben. Der Führer war vollkommen zusammengedrückt worden. Lediglich der Schwanzteil blieb unversehrt. Die Unglücksstätte war ringsum mit Metallteilen, Propellerstücken und Motorteilen bestreut. Auch die Sessel der Rabinnen waren durch den Aufprall herausgeschleudert worden. Die acht Insassen konnten nur als Leichen geborgen werden. Eine Explosion oder ein Brand ist nicht entstanden. Die Ursache des Unglücks war bisher nicht festzustellen. Es handelt sich um eine ganz neue Maschine, die erst Anfang dieses Jahres in Betrieb genommen worden war. Der von Augenzeugen erzählte Hergang stellt für die Fachleute ein Rätsel dar. Es ist bisher noch niemals vorgekommen, daß eine Maschine sich selbst überfliegt.

Die von der Deutschen Luftkassette zur Untersuchung des Flugzeugunglücks nach Dresden entsandte Kommission hat ihre Arbeiten, trotzdem sie bis zur Dunkelheit an der Unglücksstelle tätig war, am Montag noch nicht beenden können. Bisher konnte das Vorliegen irgendeines mechanischen Fehlers nicht festgestellt werden. Die Steuerorgane der verunglückten Maschine wurden in Ordnung befunden. Vorläufig glaubt man entweder an das Vorliegen eines Bedienungsfehlers oder an das Auftreten einer heiligen Bö, die die Maschine im kritischen Augenblick packte.

In der Wohnung tot aufgefunden.

Nordgerüchte um eine greise Klavierlehrerin.

In den gestrigen Abendstunden wurde die 75jährige Klavierlehrerin Emma Heckstedt in ihrer Wohnung in der Dahlmannstraße 10 in Charlottenburg tot aufgefunden. Nach dem äußeren Befund schien ein Verbrechen vorzuliegen, so daß von der Revierpolizei die Nordkommission alarmiert wurde.

Als Nachbarn gestern den ganzen Tag von der alten Frau nichts hörten, schöpften sie Verdacht und benachrichtigten schließlich, als sich in der Wohnung nichts regte, die Polizei. Die Beamten verschafften sich Einlass und fanden die Greisin vor einem Ruhefloss tot auf. An der linken Kopfseite zeigten sich Verletzungen, die scheinbar von Schlägen herrührten. Die Nordkommission unter Leitung des Kommissars Thomas nahm die ersten Nachforschungen auf. Danach scheint es aber, daß ein Verbrechen wohl kaum vorliegt und die Greisin vielmehr eines natürlichen Todes gestorben ist.

Heute abend finden die Mitgliederversammlungen der Volksbühne statt!

Protest der Mieter.

Gegen die Abdrosselung der Wohnungswirtschaft.

Der Zentralvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, ist wegen des Regierungsprogramms sofort einberufen worden und hat neben anderen Maßnahmen einstimmig folgende Entschlieung gefaßt:

„Das soeben veröffentlichte Programm der Reichsregierung zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft hat unter der Mieterchaft schwere Beunruhigung hervorgerufen. Die beabsichtigte starke Drosselung des Wohnungsneubaus, die alsbaldige Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes für alle Räume, die der öffentlichen Bewirtschaftung nicht mehr unterliegen — also für sämtliche gewerbliche Räume und größeren Wohnungen — die Befreiung des Rechtes des Mieters auf Erklärung der gesetzlichen Miete, die endgültige Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes für den 1. April 1934 ohne jede Hoffnung bis zu diesem Zeitpunkt auch nur die dringendste Wohnungsnot bereits beheben zu können, die Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes für den 1. April 1936 ohne Erfolg dieser wichtigen Gesetze durch ein Wohnungswirtschaftsgesetz, sondern nur durch gewisse Ergänzungen im geltenden Mietrecht beweisen, daß die Reichsregierung die überragende Bedeutung einer sozialen Regelung der Wohnungsfrage noch immer nicht erkannt hat. Das Wohnungsprogramm der Reichsregierung ist ein, für die gesamte Wirtschaft gefährdendes Stückwerk, das der Reichstag in grundlegender Weise verbessern muß, will nicht auch er in Verkennung der Auswirkungen des Regierungsprogramms Wohnungsnot, Wohnungsleere und Arbeitslosigkeit in Deutschland verewigen.“

Kohlenheine für Minderbemittelte.

Der Magistrat hat beschlossen, für die Wohlfahrtsempfänger und die minderbemittelte Bevölkerung wieder Kohlenheine für die Kohlenversorgung vom 1. November ab auszugeben. Die Ausgabe dieser Kohlenheine erfolgt durch diejenigen Stellen, die die Empfangsberechtigten betreuen. Für Personen mit eigenem Haushalt werden monatlich Kohlenkarten über je zwei Zentner Brennstoff, für Personen ohne eigenen Haushalt Kohlenkarten über je einen Zentner Brennstoff ausgegeben.

Der Magistrat beabsichtigt, das Ostfälische Braunkohlenyndikat aufzufordern, für reichliche Kohlenzufuhren nach Berlin

Funkwinkel.

Der Sonntagnachmittag brachte wieder vielzweifel Sportreportage. Man kann am Schwimmen und an Wasserballspielen durchaus Freude haben, man kann lebhaften Anteil nehmen an der Luftfahrttechnik, und trotzdem diese farblose Wettstreitreportage sehr langweilig und überflüssig finden — besonders an einem regnerischen Sonntagnachmittag, an dem man sich gern durch den Rundfunk unterhalten läßt. Die Aufführung der Offenbachoperette „Die Seuzerbrücke“ entsprach dagegen allen Forderungen, die man billigerweise an ein Sonntagabendprogramm stellen kann; sie bot musikalische Unterhaltung, die an Qualität und künstlerischer Ausführung nichts zu wünschen übrig ließ.

Der Vortragzyklus „Vom Rundfunk“ findet naturgemäß allgemeines Interesse und er wird daher auch von allen deutschen Sendern verbreitet. Die Fragenkomplexe, die der Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Dr. Kurt Magnus, am Montag behandelte, betrafen das für die Hörer wichtigste Gebiet: die Programmgestaltung. Die gerade in letzter Zeit mehrfach diskutierte Frage, ob ein Generalintendant für alle deutschen Sender nötig sei, beantwortete Dr. Magnus mit „Nein“. Man kann sich dieser Ablehnung durchaus anschließen. Nicht neue Kosten — das heißt neue Titel und neue Gebührensätze — sind nötig, sondern verständnisvolle Zusammenarbeit der Sendergesellschaften. Daß der Deutschlandsender von Mitte November ab im Abendprogramm sorgfältig ausgewählte Spitzendarbietungen deutscher Sender verbreiten soll, war eine erfreuliche Verheißung; hoffentlich erfüllt sie sich. Man muß da leider etwas skeptisch sein: die „Zusammenarbeit“ zwischen Berlin und Königsberg führte sehr oft zu Darbietungen, die auf künstlerischem und geschmacklichem Niveau parallel liefen; auch die Orchesterkonzerte dieses Abends waren ein Beispiel dafür. Wird das in Zukunft besser werden? In der Unterhaltung zwischen Anja und Wendelsohn und Ernst Loller über „Die Bedeutung der Graphologie in unserer Zeit“ betonte Ernst Loller die Gefahren, die aus der Uebererschätzung der Graphologie sich unbedingt ergeben. So werden heute bei vielen Firmen Bewerbungsschreiben durch Graphologen „geprüft“. Fehlurteile, die zur Ablehnung einer Bewerbung führen, treffen nur den Arbeitstuchenden schwer, nicht aber den Graphologen, der gewöhnlich in Anonymität gehüllt bleibt und nicht zur Verantwortung gezogen werden kann.

Der Berliner Sender hat sich am Sonntag abend bei seinem Nachrichtendienst erlaubt, die große Berliner Reichsbannerkundgebung mit einem einzigen Satz abzutun. Dafür wurde über den Stahlhelmtag in Koblenz immer ausführlicher berichtet. Die Stahlhelmkundgebung war anscheinend so wichtig, daß sogar die angenommenen Resolutionen auszugswweise bekanntgegeben werden mußten. Aus zahlreichen telefonischen Anrufen unserer Leser konnten wir entnehmen, daß die Berliner Rundfunthörer mit Recht über diese Parteilichkeit, denn anders kann man die Nichtachtung der Reichsbannerkundgebung nicht bezeichnen, empört waren.

zu sorgen. Durch den Reichshofkommissar soll die Bevölkerung darauf hingewiesen werden, sich rechtzeitig mit Kohlen für den Winterbedarf einzudecken.

Gertrud Frenzel sagt aus.

Dramatische Szenen im Frenzel-Prozess.

Der Frenzel-Prozess nähert sich jetzt seinem Höhepunkt. Auf Veranlassung der Verteidigung, der Rechtsanwältin Dr. Brandt und Blumenschein, wurde zunächst die Hauptbelastungszeugin, die jüngste Tochter des Angeklagten, Gertrud Frenzel, gehört.

Bei der Vernehmung der Zeugin Gertrud Frenzel, die in Begleitung ihres jetzigen Pflegers, Dr. med. Stappenbeck, Bornim, im Gericht erschien und wiederum, wie in der ersten Verhandlung, grüßlos an ihrer Mutter, den Geschwistern und anderen Verwandten vorbeisprach, kam es zu äußerst dramatischen Zwischenfällen. Der Vorsitzende belehrte Gertrud Frenzel auf das Eingehendste darüber, daß sie die Aussage, die für ihren Vater unabsehbare Folgen haben könne, verweigern dürfe. Gertrud Frenzel erklärte aber, daß sie unbedingt aussagen wolle. Von der Verteidigung nach den Gründen gefragt, sagte sie,

daß sie nicht wieder in das Elternhaus zurück wolle

und deshalb aussagen müsse. Als dann Gertrud Frenzel ihre Aussagen aus der ersten Verhandlung wiederholte, ihren Vater trotz der schweren Beschuldigungen, die sie gegen ihn erhob, aber stets mit „Papa“ anredete, ereignete sich ein dramatischer Zwischenfall. In höchster Erregung sprang der Angeklagte Frenzel auf, schlug mit der Faust auf den Tisch und wandte sich mit folgenden Worten an Landgerichtsdirektor Hellwig:

„Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, die Zeugin zu veranlassen, daß sie mich nicht mehr mit „Papa“ anredet.“

Ich bin zwar dem Gesetz nach noch ihr Vater, von einer solchen Tochter kann ich die Anrede „Papa“ aber nicht mehr hören.“ Durch diese Worte des Angeklagten wurde auch Gertrud Frenzel, die bisher ihre belassenden Aussagen sehr gefaßt gemacht hatte, erschüttert. Sie brach in Weinen aus und wurde so erregt, daß die Verhandlung schließlich vorzeitig abgebrochen werden mußte.

Revolverschüsse in einen Autobus.

Schwere Zuchthausstrafen für einen Kommunisten.

Ein aufsehenerregender, nicht alltäglicher Vorfall, ereignete sich vor dem Schwurgericht III. Ein Zeuge, der Drohbriebe bekommen hatte, verweigerte unter Berufung auf den Notstandsparagraphen seine Aussage.

Angeklagt war der Metzler Fritz Schulte wegen veruchten Totschlages und Landfriedensbruchs. Es handelt sich um jenen Vorfall am 17. Juni bei dem auf Nationalsozialisten, die sich in einem vollbesetzten Autobus gerettet hatten, von kommunistischen Verfolgern Revolverschüsse abgefeuert worden waren. Dabei waren zwei Studenten und zwei gänzlich unbeteiligte Fahrgäste, ein Gastwirt und eine Verkäuferin durch Kugeln verletzt worden. Ursprünglich waren neun Personen verhaftet worden. Die anderen sind aber bis auf Schulte außer Verfolgung gesetzt worden.

In jenem Abend hatte in Müllers Festfällen in der Schornweberstraße in Reinickendorf eine nationalsozialistische Versammlung stattgefunden, zu der sich etwa 100 Kommunisten eingefunden hatten. Es entstand dann eine allgemeine Schlägerei, bei der die Kommunisten unterlagen und hinausgeworfen wurden. Ein Trupp von etwa 20 Nationalsozialisten wurde auf dem Heimweg verfolgt und rettete sich auf den Autobus 15, der schon stark besetzt an der Endhaltestelle zur Abfahrt bereit war. Die Kommunisten nahmen den Autobus unter Feuer. Der Angeklagte Schulte bestritt jedoch, habeigewesen zu sein. In der Voruntersuchung ist der Angeklagte besonders von dem einen Zeugen, dem Sgndikus G. belastet worden. G. stand auf dem Hinterdeck des Autobusses und will mit Bestimmtheit den Angeklagten als einen der Schützen erkannt haben. Als dieser Zeuge zur Vernehmung aufgerufen wurde, erklärte er zunächst, er sei nicht Nationalsozialist, würde aber nicht aussagen. Er überreichte dem Gericht einen Brief, in dem es heißt: „Du bist von den Nazis bestochen. Wenn du die Aussage vor Gericht machst, wirst du von uns hören“, unterschrieben „Die Schützen vom Autobus“. Heute früh sei er, so sagte der Zeuge weiter, telephonisch angerufen worden und es sei ihm gedroht worden, „wenn du die Aussage machst, bist du heute abend nicht mehr unter den Lebenden.“ Landgerichtsdirektor Dr. Friedmann führte nunmehr folgenden Gerichtsbeschluss herbei: Die Zeugenverweigerung ist ungerechtfertigt. Sie ist zwar menschlich verständlich, aber die Strafprozeßordnung gibt keine Möglichkeit zur Verweigerung der Aussage. Das Gericht würde bei einer Zeugenverweigerung gezwungen sein, den Zeugen in Ordnungstrafe oder in eine Haftstrafe bis zu sechs Monaten zu nehmen. Darauf schilderte der Zeuge seine an dem Abend gemachten Wahrnehmungen. Das Gericht erkannte schließlich gegen den Metzler Schulte auf eine Strafe von 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit veruchten Totschlag und verbotenen Woffenbesitzes.

Seit 40 Jahren im Haushalt bewährt:

MAGGI'S Erzeugnisse

• MAGGI'S Würze • MAGGI'S Suppen • MAGGI'S Fleischbrühe •

sie vereinigen Qualität
und Preiswürdigkeit



Heinrich Jordan: Pariser Kuriositäten

etc und Bade

Quai d'Orsay erhebt sich die neue amerikanische Kirche. Auf der obersten Turmspitze weht schon eine Flagge, zum Zeichen, daß die Bauarbeiten nahe vor dem Abschluß sind. Im Innern des großräumigen, gotischen Kirchenschiffes sind Stulpteure damit beschäftigt, an den Wänden sehr reichliche Gipsverzierungen anzubringen.

Der Fahrstuhl funktioniert schon. Ob er die amerikanischen Beter näher zu Gott bringen soll? Er hält im obersten Stockwerk an. Die Sekretärin dieses Frömmigkeitsunternehmens geht voran, um dem Besucher die zu der Kirche gehörigen Einrichtungen und Räumlichkeiten zu zeigen.

„Hier, mein Herr, sehen Sie den Tanzsaal. Beachten Sie die spiegelglänzende Bodenfläche, die aus den edelsten amerikanischen Parkettböden hergestellt ist. Zur Rechten dieses Grammophons allerneuester Type werden die in Paris ansässigen amerikanischen Bürger nach Berrichtung ihrer Andacht den Freuden des Tanzes nachgehen können. Doch ist dieser Saal auch dem Bridgspiel geweiht, das sich besonders bei unseren Studenten großer Beliebtheit erfreut. Nebenbei befindet sich eine kleine Bibliothek, die den von Spiel und Tanz ermüdeten Kirchenbesuchern eine kleine Ablenkung und Zerstreuung bieten kann.“

Dieser Bibliotheksraum hatte zwei Heizvorrichtungen. Eine nächtliche, fahle Zentralheizung, vermutlich gleichfalls „neuester Type“, und einen großen, offenen Feuerkamin, wie er den Urogroßvater wärmte, als er die Urogroßmutter nahm. So ist auf praktische Weise für die Befriedigung eines tatsächlichen Bedürfnisses und für die Erhaltung des Feuers vergangener Romanen, die den Amerikanern besonders teuer ist, bestens gesorgt.

Der Fahrstuhl hält ein Stockwerk tiefer. Die Führerin erklärt, daß dieser Teil der Kirche bloß der Zerstreuung junger Mädchen bestimmt sei, die unter sich bleiben wollen, also wahrscheinlich für männliche, die, wenn sie in ein bejahrteres Alter kommen, einen Verein zur Bekämpfung der Untugend gründen, der Rembrandtsche Bilder aus Stillsitzungsstunden von Gerichts wegen konstatieren läßt.

Der Fahrstuhl senkt sich wieder um ein Stockwerk.

„Das hier ist ein Bowling“, erklärt die Sekretärin. Die Amerikaner werden hier an zwei Tagen der Woche zusammenkommen, um sich ihrem Lieblingsport zu widmen. Nebenbei, im großen Turn- und Sportsaal, werden unter der Leitung des Trainers Morrison Basket-Ball und Baseball-Wettspiele ausgetragen werden. Und unterhalb des Kirchenchores befinden sich die Bade- und Duschräume.“

„Bade- und Duschräume unterhalb des Kirchenchores?“
„Ja, bitte sehen Sie.“

Man sieht
So ist für den Reinheitskomfort der Seele und des Leibes für die Bürger aus USA. in Paris gesorgt.

Der Pfahibau.

Im Zentrum von Paris, wenn man die Rue Faubourg St. Honoré zur Place Vendôme hinuntergeht, kommt man an einem Bauplatz vorbei, wo gerade Demolierungsarbeiten vorgenommen werden. Das ist weiter nichts Auffälliges. Man will schon weitergehen, ohne einer so alltäglichen Sache Beachtung zu schenken. Da bleibt der Blick plötzlich an einer sonderbaren Erscheinung hängen. Auf vier mächtigen haushohen Masten ruht ein Mauerwürfel, der von einem Stück Dach gedeckt ist. Zwischen den Masten führt eine Treppe bis in den Mauerwürfel hinein. An den vier Seiten sind Fenster, vor denen Blumenböden angebracht sind. — Die Geschichte dieses höchst sonderbaren architektonischen Phänomens ist folgende.

Herr Durand (die Durands sind in Frankreich ebenso zahlreich, wie bei uns die Müller oder Meyer), also Herr Durand hatte einen Mietvertrag. Einen einwandfreien, unanfechtbaren Mietvertrag. Als der Herr des Hauses daran ging, seinen Mietern zu kündigen, um an Stelle des alten Gebäudes ein neues zu setzen, stellt es sich heraus, daß sich Herr Durand nicht kündigen ließ. Er verwies läßt auf seinen nicht anfechtbaren Mietvertrag.

Der Hausherr verlegte sich aufs Bitten. Es half nichts.

Er wurde diplomatisch. Er verehrte Frau Durand einen Strauß Rosen, kaufte Herrn Durand zum Namenstag eine neue Zippelmütze, bezahlte ihm jeden Nachmittag ein Apéritif — Herr Durand ließ sich durch keine noch so schmeichelhafte Gunstbezeugung erweichen. Der Hausherr begann zu drohen.

Er rief zuletzt die Hilfe der Gerichte an. Unjenseit. Auch diese konnten Herrn Durands unanfechtbaren Mietvertrag nicht anfechten.

Der Hausherr wollte sich schließlich die Nachgiebigkeit Herrn Durands durch Geld erkaufen. Er bot 10 000, 20 000, 50 000 Franken, er bot später noch mehr — Herr Durand bestand auf seinem Schein und war unauflösl. Der Hausherr war am Ende seiner Kräfte, es machten sich Anzeichen der Verzweiflung bei ihm bemerkbar und man fürchtete für seinen Geisteszustand.

Da hatte der Architekt eine Idee. Er ließ das ganze Haus abtragen, mit Ausnahme von Durands Zimmer, das an Masten hoch oben in der Luft befestigt wurde. Dann entwarf er den Plan des neuen Hauses derart, daß es rundherum ging, ohne Herrn Durand in seinen Mieterrechten zu stören.

Jetzt sitzt er nun da oben auf lustiger Höhe in seinem Pfahibau, freut sich seines Sieges und der Aussicht, die sich ihm nun bald in alle Nachbarfenster öffnen wird.

Curli Floercke: Freifliegende Papageien

Während im allgemeinen die Papageien ausgesprochene Baumhöhlenbrüter sind, machen doch die in den gemäßigten Klimaten Südamerikas heimischen Mönchsittiche insofern eine Ausnahme, als sie freilebende Nistkasten aus nicht ineinander gefügtem Reisig errichten. Jedes derartige Nest hat eine seitliche, überdachte Plattform und dann im Innern die eigentliche Brutkammer. Im Laufe der Zeit wird es immer umfangreicher, weil die ausgebrüteten Jungvögel sich gleichfalls am elterlichen Heim anbauen, sobald sie in der Lage sind, sich einen eigenen Hausstand zu gründen. Diese ausgesprochene Seßhaftigkeit läßt den nachtaubengroßen, schön grasgrün und zart grau gefärbten Vogel besonders geeignet erscheinen für Einbürgerungsversuche, zumal er als ein abgehärteter Burche unter Klima auch im Winter sehr gut verträgt. Schon früher sind solche Versuche z. B. in der Lausitz und in Niederösterreich mit vollem Erfolg durchgeführt worden. Man läßt ein altes Bärchen in einem großen Kistchen sitzen oder in den Baumwipfeln zärtlich tosen hören. Es wird ja doch kein vernünftiger Mensch auf den Gedanken kommen, daß es sich bei Papageien um unheimliche deutsche Vögel handelt.

Kun gibt es allerdings nicht wenige Fachleute, die solche Anhebungsversuche in Grund und Boden verdammen, weil es „Faunenfüßchen“ seien. Aber der bloße Naturfreund wird doch seine heile Freude daran haben, wenn er die Papageien mit Nistmaterial im Schnabel pfeilgeschwind in schwalbenähnlichem Fluge durch die Luft schweben sieht oder in den Baumwipfeln zärtlich tosen hört. Es wird ja doch kein vernünftiger Mensch auf den Gedanken kommen, daß es sich bei Papageien um unheimliche deutsche Vögel handelt.

Der jüngste Versuch in dieser Hinsicht wurde vom Frankfurter Tiergarten unternommen und ist gleichfalls von einem glänzenden Erfolge getränkt worden. Auf den Bäumen des Gartens stehen zwei große Gesellschaftenster, und während meiner letzten Anwesenheit wurde gerade ein neues Nest auf der Außenseite des alten Stammfahns in einem vorspringenden Winkel nur etwa 2½ Meter über dem Erdboden angelegt. Obgleich die Vögel dort den ganzen Tag über eifrig beschäftigt waren und sich auffällig genug benahmen, hat sie unter hundert Gartenbesuchern doch kaum einer bemerkt. So blind laufen wir Kulturmenschen an den schönsten Wundern der Natur vorbei. Und wer sie sah, hielt sie für durchgebrannte Käfigbewohner und wollte schleunigt bei der Gartenleitung Anzeige machen. Wenn sich die Sittiche im wesentlichen auch innerhalb des Gartens mit seinem schönen alten Baumwuchs aufhalten, so machen sie doch gern auch weitere Ausflüge und Entdeckungstouren über das Häusermeer der Großstadt hinweg ins Freie und wurden wiederholt sogar in der Nähe von Darmstadt gesichtet. Wenn bei solchen Ausflügen ab und zu ein Sittich von überreifen Feldhähnen oder Obstschägen geschossen wird, so schadet das dem Bestande weiter nichts, da sich die Vögel immer wieder rasch ergänzen. Ueberhandnehmen lassen darf man solche fremdländische Siedler ja überhaupt nicht. Jetzt ist auch die „Süddeutsche Vogelwarte“ im Begriff, einen Einbürgerungsversuch mit Mönchsittichen auf der Halbinsel Retinau bei Radolfzell am Bodensee zu unternehmen.

Kalodrickheit: Chaplinade mit Bügelfallen

Eine Tragik-Groteske

Raoul Rowland betritt die lustgeschwängerte Halle des Luxushotels. Dies Sprachengewirr, gemischt aus allen Idiomen des Kosmos, diese Verkaufsstände mit Rosen, Orchideen, Gazetten und Schokoladen, das beflissene Dienern der Angestellten vom Chef des Empfangs bis zum winzigsten Pagen, die schönen, wunderbaren Frauen, das alles ist seine, Raoul Rowlands, Welt. Hier ist er zu Hause, hier ohnt keiner, wie sehnsüchtig er noch vor Tagen den kleinen Sonnenstumpfen an der grau getünchten Wand der Zelle streichelte... Wer ahnt hier die Blicke, die ein Sträfling zu einem kleinen Fensterquadrat erhob, hinter dem ein Fegen blauen Himmels stand...?

Die sanften, trillierenden Stimmen der Banjos einer mexikanischen Tangopelle, die schmetternden, jauchzenden Laute von Sargophonen, Balalaikawaisen und das Tremolo eines Chansonniers dringen aus dem Tanzpavillon des Hotes hinauf in das Zimmer, das der alte Hochstapler bewohnt... Das Fenster ist geöffnet. Draußen rinnt ein warmer Regen nieder. Rowland steht vor dem Spiegel. Seine Haare sind schlohweiß. An den Augen runzelt sich die Haut. Die Hände sind vernarbt vom Matrosenstegen. Wie lag ich's meiner Maniküre? Natürlich: Löwenjagd, Expeditionsreise, monatelang abgehackt von Kultur und Zivilisation! Geh! ans Telephon und bestell für morgen früh Masseur, Maniküre, Friseur.

Dann hockt er auf dem teppichbelegten Boden seines Appartements und feiert Wiedersehen mit den Utensilien seiner internationalen Hochstapellei. Da liegen schwarzseidene, brokatbestickte Pajamen, Smokingjacken, Parfümstaschen, in denen ein herbes Herrenparfüm verfliegt ist. Es ist ein wildes Durcheinander. Und Rowland wühlt darin, liebt die schwere Seide, atmet gierig das Aroma seiner Utensilien ein. Er feiert Wiedersehen mit toten Gegenständen, denn niemand liebt oder erwartet ihn, kein Mensch war vor dem gußeisernen Tor des Gefängnisses, als er entlassen wurde. Wo immer er war, hat er Haß oder Verachtung hinterlassen: ein Duffler der Gesellschaft, ein Babanquier, ein Hafardeur, Hochstapler, Heiratsschwindler, ein Verbrecher!

Wie er auf dem Boden hockt, mit einem irren Flackern in den Augen, da er unbedacht ist, das Gesicht bedeckt mit roten Flecken der Erregung, begreift seine Hände plötzlich zu klammern, denn vor ihm auf dem Grund einer Kassetten liegen siebenundzwanzig Frauenbildnisse. Das sind keine Photos, in den mondainen Ateliers berühmter Photographen aufgenommen, sie stellen keine erlebten Frauen dar, keine Pankeadies, keine englischen Gainsboroughs, keine Madonnen und nicht große Kokotten. Es sind veraltete Aufnahmen alternder Mädchen, die sich auf „Knospig“ frisiert haben. Alle diese Photos tragen Widmungen: „Ewig dein“, „Meinem heiligsten Raoul“. Auch Namen stehen darunter, Namen, aus denen man Kapital schlagen muß, wenn man nicht weiß, wozu man die Hotelrechnung bezahlen soll. Diese Mädchen sind bürgerliche Christinnen, vielleicht hat die eine oder die andere geheiratet. Hat Familie. Eine Enthüllung! Kompromittierung! Kurz: eine Erpressung! Schreckschuß: ein Brief an den Gatten!

Im Vereinszimmer der großen Konditorei im Zentrum der Weltstadt tagt ein Damenränchen bei Kaffee und Kuchen. Heute ist alles besonders feierlich. Eine Sensation steht den Damen bevor. Die Borsichtige erhebt sich. „Schweizer Olga Kollmann hat das Wort!“ Allenloses Schweigen herrscht in der Korona. Dann verliest Frau Olga Kollmann, Ehefrau des Innungsmeisters Arthur K., ein Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Liebe Olga!... bitte ich Dich, in der für Dich so wichtigen

Angelegenheit, am Freitag, nachmittags sechs Uhr, im Café „Dornröschen“ zu sein...! weilt Du noch...?!... Immer Dein Raoul.“ Eine Minute herrscht stilles Schweigen, dann bricht ein Orkan los. Die großstädtlichen Wangen der siebenundzwanzig Damen röten sich bleich. Sie gestikulieren erregt. Resolutionen werden angenommen und wieder verworfen. Kladden werden aufgeschlagen, Zahlen abgelesen. Allmählich glätten sich die Wangen. Ein Entschluß wird von siebenundzwanzig Damen angenommen, die schließlich mit Rufen wie „Mein Mann wartet schon...“ und „Bei mir gibt's morgen Sülze mit Bratkartoffeln!“ auseinander hasten!

Café „Dornröschen“ ist des Abends besetzt mit jungen und späten Liebespaaren. Raoul Rowland tritt ein und sondiert das Terrain. Die einzelne, einsame Dame dort muß es sein: sein Opfer! Zielfreier geht er auf sie zu. Schon sitzen sie beisammen. Zuerst schwelgen sie. Dann sagt der alte Hochstapler „Liebste Olga...“ Wertwändig: er hat sie anders, ganz anders in Gedächtnis. Ja, die Zeit tötet eben selbst spärliche Reize. Und außerdem: alle reiferen Damen ähneln sich!

Sie sieht ihn an: bewundernd, ermunternd. Wirklich, er ist noch der vollendete Kanalar vom Scheitel über die Bügelfalle bis zur Schwanzspitze. Der Traum der Mädchen- und Frauenherzen zwischen sechzehn und sechzig! Da leitet er über in sein Erpressungsmonöner und nun erscheint er der Frau unjagbar vorzüglich, elend und erledigt! Das ist nicht mehr der Don Juan, das ist nur mehr eine chaplineske Schiebedunstfigur!

Und da unterbricht sie seinen Redestoff. Dann sagt sie: „Alter Mann! Du warst ein großer Verführer, warst ein Abenteuerer, dem die Herzen zuflogen. Aber das bist du nicht mehr. Wir wissen, daß du vor einer Woche aus dem Gefängnis entlassen worden bist! Ja, wir kennen all deine Vorstrafen. Wir wollen nicht, daß du auf deine alten Tage noch mal mit den Gesehen in Konflikt kommst. Wir, deine ehemaligen Bräute, haben uns zusammengesprochen zum „Verein der Rowlandianerinnen“. Wir siebenundzwanzig Vereinskameraden, denen du dich in den verschiedensten Gestalten genähert hast, wollen unsere Gedanken nicht an einen kleinen Erpresser verschwenden, sondern an den strahlenden Casanova unserer Jugendtage. Du warst unser großes, einziges Erlebnis und Abenteuer, du warst der einzige, an den wir mit einer kleinen Herzbeklemmung zurückdenken. Darum haben wir beschlossen, dir eine Altersrente auszusprechen. Unser Vereinsvermögen gestattet uns das! Hier ist der erste Scheck! Nun sei uns dankbar, du tragischer Chaplin mit Bügelfallen, du Don Juan a. D., du Herzensknicker im Ruhestand. Uebrigens bin ich nicht Olga Kollmann, sondern die Braut Nr. 18, Da Politz. Laut unseren Statuten hat die Schwester Kollmann deinen Brief zu lesen, und nicht hat das Los bestimmt, dir den Scheck der „Rowlandianerinnen“ zu überbringen... Nun troll dich, alter Mann! Ich muß nach Haus, zu meinem Mann, zu meinen Kindern...“

Wird der Haarwuchs durch das Rasieren gefördert? Um den Einfluß des Rasierens auf den Haarwuchs festzustellen, stellte W. Trotter einen Versuch an vier Männern an, denen ein genau abgegrenzter Teil der Barthaare neun Monate lang in bestimmten Zeiträumen rasiert wurde. Die dadurch erhaltenen Barthaare wurden gesammelt und geteilt. Jemandem wachstumsfördernder Einfluß des Rasierens auf die Barthaare konnte aber nicht festgestellt werden.

Der schwerste Schädel. Die größte bekannte zusammenhängende Knochenmasse ist der Schädel eines vorgeschichtlichen Mastodons, das im Country Clermond in den Vereinigten Staaten zwischen Kies und Sand ausgegraben wurde. Dieser Schädel wiegt rund 18 Zentner.

Alexander Hartich: Zeichendeuler

Schon im Anfang des 17. Jahrhunderts hatten verschiedene Reisende in Vorderasien eigenartige Zeichen gesehen, die teils in Felsenwände, teils in die Mauern einzelner Ruinen eingegraben waren. Man hielt das anfänglich für bloße Zierate und fand es nicht der Mühe wert, sich weiter damit zu beschäftigen. Erst als Niebuhr gegen Ende des 18. Jahrhunderts genaue Abschriften nach Europa brachte, schritt man zu Entzifferungsversuchen; ein Deutscher, Grotefend, erzielte die ersten Erfolge. Er erkannte, daß ein bestimmtes Zeichen nur dazu da sei, die einzelnen Gruppen innerhalb der Keilschrift — so wurden diese Eingrabungen genannt — voneinander zu trennen. Es glückte ihm nun nachzuweisen, daß einige solcher Gruppen die Namen Darius, andere des Ferges bedeuteten. Auf diesem Wege wurde der Lautwert von zwölf Zeichen bestimmt; langjährige und sehr scharfsinnige Untersuchungen führten zur Feststellung von etwa 40 Zeichen. Damals wurde das Untersuchungsmaterial sehr mühsam gewonnen; teils wurden die Keilschriftgruppen mit Hilfe eines Fernrohrs abgelesen wie in Persepolis, teils, wie die große Inschrift des Darius zu Behistan, durch den Mut Rowlinsons, der sich an einem Seil über die hohe Felswand herabließ.

Eine bedeutende Ausbreitung gewann die Keilschriftforschung, als in Babylon und besonders in Ninive Tausende von beschriebenen Tonglindern verschiedener Formate aufgefunden wurden. Die Bibliothek des berühmten Assyrerkönigs Sardanapal. Heute kennt man mehr als 400 babylonische assyrische Schriftzeichen, die ähnlich wie bei der chinesischen Schrift nicht Buchstaben sind, sondern Silbenzeichen oder Ideogramme oder auch beides zugleich.

Es ist nun interessant, daß es eine Zeit gab, in der die öffentliche Meinung der Keilschriftentzifferer für Phantasien und ihre ganze Forschung für einen Schwindel erklärte. Als dann durch die erwähnten Funde in Ninive ein besonders großes Forschungsmaterial gewonnen war, erschien es natürlich ungemessen wichtig, hier zur Klarheit zu kommen. Deshalb machte im Jahre 1857 die Royal Asiatic Society in London eine entscheidende Probe. Vier der angesehensten Keilschriftforscher: Rawlinson, Hinks, Fox Talbot und Oppert wurden eingeladen, sich einer Art Prüfung zu unterziehen. Sie erhielten jeder eine Kopie einer neu gefundenen Inschrift und mußten sich verpflichten, jeder für sich, ganz unabhängig, diese Inschrift zu übersetzen und den englischen Text dann in einem versiegelten Umschlag einzuliefern. Die Asiatic Society verglich hierauf die vier Lösungen und kam zu dem Ergebnis, ihre Uebereinstimmung gehe weit genug, um das Zutreffen in das bisher Erreichte zu rechtfertigen. Von diesem Zeitpunkt an verstummen die Einwände, und heute läßt die Sicherheit in der Entzifferung der Keilschriften nichts mehr zu wünschen übrig.

Eine Statistik der Wolkenkratzer

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es gegenwärtig 4748 Gebäude von mehr als 10 Stockwerken, davon 2479 in New York, 449 in Chicago, 135 in Los Angeles, 121 in Detroit und 120 in Philadelphia. Betrachtet man 20 Stockwerke als untere Grenze für die Himmelskratzer, so bleiben immer noch 377 übrig, von denen 188 auf New York entfallen. Das erste Haus von 10 Stockwerken wurde 1885 in Chicago erbaut. Das bisher höchste Gebäude, das Woolworth Building (240 Meter) in New York, wird nächstens von dem Chrysler Building übertroffen werden, das mit seinen 68 Stockwerken vom Erdboden bis zu seiner Spitze 318 Meter messen wird. Das höchste Hotel ist das Waldorf Astoria mit 44 Stockwerken und einer Höhe von 180 Meter.

Appell an die wirtschaftliche Vernunft!

Die Löhne der Berliner Metallarbeiter dürfen nicht gesenkt werden.

Bis zum 9. Oktober will sich der neue Schlichter über die Tragweite der im Berliner Lohnkonflikt gestellten Anträge klar werden. Dann soll mit seinem Spruch eventuell die Entscheidung darüber gefällt werden, ob in Berlin und später in Deutschland die

Lohnsenkung zum Prinzip der Krisenbekämpfung

gemacht werden soll. Daß das einem Verlangen der Reichsregierung entspricht, steht nicht ohne Weiteres fest. Der Denkhäuserer Schlichterspruch wurde nach der Auffassung gefaßt, daß Lohn- und Preisentwertung zugleich die Wirtschaftslage bessern sollen. In der Kartellnotverordnung wurden nicht die hohen Löhne, sondern die gebundenen Kartellpreise als Hindernis einer stärkeren Preisentwertung bzw. der Wirtschaftsbesserung erklärt. Im neuen Wirtschafts- und Finanzprogramm werden die Löhne wieder einseitig als Hindernis der Rentabilität, des Exportes und der Wirtschaftsbesserung dargelegt. Die in diesem Programm vertretene Richtlinie kann für einen Schlichter auch in dem eingeschränkten Maße nicht verbindlich sein, daß er den Wunsch der Reichsregierung mit berücksichtigen müßte; denn das Programm entspricht einseitigen Interessentenwünschen, wie sie in dieser Regierung bis heute ja notwendig nur vertreten sein konnten. Die Urteilsbildung des Schlichters muß also auch völlig unabhängig von Regierungswünschen erfolgen, lediglich nach dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse und ist deshalb ganz besonders verantwortungsvoll. Sie ist um so verantwortungsvoller, als über die von den Arbeitern in bewundernswürdiger Selbsterleugnung verlangte Arbeitsstreckung von der Reichsregierung bisher überhaupt keine Ansicht geäußert worden ist.

Für die Entscheidung im Berliner Konflikt stehen natürlich zunächst nur die Verhältnisse in der Berliner Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie zur Diskussion. Die Löhne sollen um 15 Proz. herabgesetzt werden aus Gründen der Rentabilität, der Exportförderung und weil eine andere Kostensenkung nicht möglich ist.

Wie steht es mit der Rentabilität?

Von den Unternehmern wird bei den Lohndiskussionen der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Arbeitsleistung gern übersehen. 1926 bis 1929 ist der Produktionswert im deutschen Maschinenbau um 2,5 Milliarden auf 4,2 Milliarden Mark gestiegen. Zugleich aber ist die Gesamtbelegschaft infolge der Rationalisierung in denselben Jahren von 790 000 bis auf 620 000 Mann abgebaut worden.

Die Arbeitsleistung je Kopf der Belegschaft ist also in diesen Jahren um 115 Proz. gewachsen.

Mit dieser Steigerung der Arbeitsleistung hat die Erhöhung der Löhne auch nicht entfernt schrittgehalten.

Ebenso steht die Behauptung der Berliner Metallindustriellen, daß die hohen Löhne eine rentable Betriebsführung unmöglich machten, in Widerspruch zu der in den letzten Jahren ständig gewachsenen Profitrate in der Berliner Metallindustrie. Der Siemens-Konzern, der in den letzten beiden Jahren je 13 Proz. Dividende ausschütten konnte, hat von 1924 bis 1929 seine Gewinnschüttung an die Aktionäre von 10,8 Millionen auf 25 Millionen, also um 150 Proz., erhöht. Aber die Umsätze sind zu gleicher Zeit nur um 50 bis 60 Proz., die Belegschaft sogar nur um 22 Proz. gestiegen.

Die Leistungssteigerung der Belegschaft hat sich also in einer frappanten Gewinnsteigerung je Einheit Kapital ausgewirkt.

Hinzu kommt: Siemens hat aus laufenden Betriebsgewinnen alle Rationalisierungskosten bezahlt und gleich wieder abgeschrieben. Der riesige Maschinenpark, die Betriebsanlagen, Geräte und Werkzeuge stehen mit 1 Mark zu Buch! Neben die laufend stark erhöhten Aktionärgewinne trat eine laufend beträchtlich gesteigerte Selbstfinanzierung.

Bei der A.G. wurden die Aktionärgewinne in den Jahren 1924 bis 1929 von 7,8 Millionen auf 15,2 Millionen erhöht. Für die Mehrleistung der Belegschaft ist bezeichnend, daß die Arbeiterzahl sich 1928/29 von 65 000 auf 60 000 Köpfe verringerte, während gleichzeitig der Umsatz um fast 50 Proz. stieg.

Der Bergmann-Konzern konnte in den letzten beiden Jahren seine Dividende auf 9 Proz. stabilisieren. Die Norddeutsche Kabelwerke A.-G. hat 1928 ihre Dividende von 8 auf 10 Proz. und im vergangenen Jahr auf 12 Proz. erhöht. Die Dr. Pauli Regner A.-G. hat in den drei letzten Jahren je 8 Proz. Dividende verteilt und hat seit 1924 ihre Umsätze mehr als verdoppelt, obwohl Betriebs- und Bürobelegschaft unter den Stand von 1924 gesunken ist. Eine stabile Dividende von 8 Proz. hatte in den beiden letzten Jahren auch Ritz u. Genest bei gleichzeitiger starker Senkung der Herstellungskosten pro Einheit. Die Aktomotorenfabrik in Oberhonnefeld gab neben einer achtprozentigen Dividende den Aktionären noch eine zehnprozentige Sondervergütung „aus aufgeschobenen Rücklagen“.

Die Berliner Maschinenfabriken haben in den letzten Jahren zum größten Teil rentabel gearbeitet.

Ludwig Loewe hält, seit Jahren an 10 Proz. Dividende fest, ebenso die Knorr-Bremse A.-G. Die Julius Pintsch A.-G. begann 1925 die Dividendenzahlung mit 4 Proz. und erhöhte sie 1929 auf 12 Proz. Die Schwarzkopff A.-G. ist absichtlich dividendenlos. Wie der von Aktionären angestrebte Prozeß bewies, ist die Dividendenlosigkeit auf die Reservenhaftigkeit dieses Unternehmens zurückzuführen. Auch Drenth ein u. Koppel begünstigte sich mit 6 Proz. Dividende in den beiden letzten Jahren; die Reservepolitik erlaubte die Auffangung der Dessauer und Göttaer Waggonfabrik aus eigenen Mitteln. Zeiß-Ston-Goerz treiben eine sehr starke Selbstfinanzierung und bleiben trotz enormer Konkurrenz mit 6 Proz. Dividende stabil.

Was ist mit der Export- und Konkurrenzfähigkeit?

Auch hier nur einige Erinnerungen. Der Verein deutscher Maschinenbau-Institute gibt für die Maschinenexporte der drei bedeutendsten Exportländer der Welt folgende Ziffern:

	1927	1928	1929
Vereinigte Staaten	1,44	1,68	2,02
Großbritannien	0,92	1,06	1,10
Deutschland	0,95	1,16	1,42

Der Maschinenexport der Vereinigten Staaten ist um rund 40 Proz., der Maschinenexport Großbritanniens nur um 19 Proz., der Deutschlands aber um fast 50 Proz. gestiegen. Die Vereinigten Staaten haben ihren Anteil an der Weltausfuhr von Maschinen seit 1927 nur um 4 Proz. erhöhen können, der Großbritanniens ist um 10 Proz. zurückgegangen, die deutsche Maschinenindustrie jedoch hat ihren Anteil von 22,9 auf 25,2 Proz., d. h. um rund 10 Proz. erhöht, mit anderen Worten, im Wachstum lag Amerika geschlagen!

Die Entwicklung der Löhne war kein Hemmnis zur Erzielung einer günstigen Rentabilität, sie war auch kein Hemmnis für die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Das sind nicht Parteibehauptungen, sondern Tatsachen, auch 1930 blieb bisher die Konkurrenzfähigkeit voll erhalten, wenn die Krise berücksichtigt wird.

Wie steht es mit der Kostensenkung?

Hier löst sich die Forderung der Lohnsenkung noch weniger rechtfertigen!

Der Reichsbankdiskont ist in Jahresfrist von 7½ auf 4 Proz. gesunken. Die Steuern sind im ganzen seit 1927 nicht mehr erhöht, sondern gesenkt worden. Der Anteil von Zinsen und Steuern am Umsatz ist mindestens bis Anfang 1930 in der Berliner Metallindustrie zurückgegangen.

In der Rohstoffverarbeitung liegen heute enorme Ersparnisse vor.

Wir geben hier Beispiele für Preisveränderungen von September 1928 bis September 1930, die für die Elektroindustrie von entscheidender Bedeutung sind. Die Elektroindustrie umfaßt mehr als die Hälfte aller in der Berliner Metallindustrie Beschäftigten. (Man kann in der Maschinen- und Fahrzeug-, der Elektro- und sonstigen Berliner Bearbeitungsindustrie 40 bis 50 Proz. Materialkosten rechnen.)

Es kosteten je Kilogramm:

	in Mark	Kupfer	Aluminium	Zinn	Eisen	Schmelz	Baumwolle	Baumwolle (Oregon)	Seide	Gummi
im Sept. 1928	1,40	4,25	0,49	0,42	4,52	1,85	3,38	56,10	1,62	
im Sept. 1930	1,90	2,69	0,28	0,51	1,85	1,15	1,80	32,—	—,69	
also weniger	-29%	-37%	-43%	-19%	-59%	-38%	-45%	-43%	-58%	

Das sind ganz gewaltige Preisrückgänge, die Ersparnisse von Dutzenden von Millionen bedeuten. Wenn demgegenüber gesagt wird, daß andere wichtige Roh- und Betriebsstoffe die Preisentwertung nicht mitgemacht haben, so ist das nach kein Argument für eine Lohnsenkung, denn die großen oben genannten Ersparnisse bleiben davon unberührt. In der Tat war bei Kohle, Eisen, Eisenblechen, Zugsdraht, Stahldraht, Draht, Aluminium, Schmieröl, Treibstoffen usw. von 1928 bis 1930 eher eine Tendenz zur Preissteigerung festzustellen.

Dazu ist aber zu sagen: Schmieröl und Treibstoffe gehen jetzt im Preise stark zurück. Für Eisen, Stahl und Bleche werden den Großhändlern, obwohl die Listenpreise unverändert geblieben sind, unter der Hand erhebliche Rabatte gegeben, die weit über das hinausgehen, was die Händler von sich aus gewähren könnten.

Endlich aber, und das ist entscheidend: Es handelt sich hier durchgehend um kartellierte Rohstoffe und monopolistisch hochgehaltene Preise. Sie müssen aus jeder Lohndiskussion ausscheiden. Die Berliner Metallindustrie hat sich noch niemals

gegen diese überhöhten Kartellpreise gewandt. Wer aber in Deutschland dürfte es wagen, wenn etwa deshalb die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie jetzt rückgängig wäre, „zum Ausgleich“ eine Lohnsenkung zu verlangen, bevor dem mit überhöhten Inlandpreisen bezahlten Schleudereport monopolistischer Rohstoffindustrien ein Ende gemacht ist? Dieser Schleudereport allein ist es, der gerade wegen der Kolonialvergütung — den Inlandsablauf auch der verarbeitenden Industrie verteuert und damit deren Konkurrenzfähigkeit auch im Ausland niedriger hält, als es sonst möglich wäre. Wir suchen denjenigen Schlichter und verantwortlichen Politiker, der ohne Erschütterung folgende jetzt geltende Differenzierung deutscher Eisenprodukte zum Nachteil der deutschen Arbeiter und zum Vorteil der ausländischen Konkurrenz zur Kenntnis nimmt:

Deutsche Eisenprodukte werden verkauft je Tonne:

	Auf dem Weltmarkt (sob. Antwerpen)	Im Inland (ab Werk)
Stabeisen	81,— M.	137,— M.
Bandblech	90,— „	159,— „
Walzdraht	120,— „	142,— „
Universaleisen	98,— „	142,— „
Grabbleche	90,— „	163,— „
Mittelbleche	102,— „	160,— „
Feinbleche	105,— bis 155,—	178,50 bis 235,—
Draht, blankgezogen	117,50 „	217,50 „
Drahtstifte	117,50 „	227,50 „

Mag es so sein, daß die gegenwärtige Reichsregierung trotz ihres Kartellpronuntiaments sich zu schwach fühlt, die Senkung der Listenpreise für Eisen und auch für Kohle zu erzwingen; aber die Arbeiterschaft durch eine Lohnsenkung hier den Kostenausgleich tragen zu lassen, ist eine Unmöglichkeit!

Es gibt keine Gründe für eine Lohnsenkung.

das ist der Schluß, zu dem jede objektive Würdigung der Gesamtergebnisse kommen muß!

Aber die Lohnsenkung ist als Mittel der Krisenbekämpfung auch volkswirtschaftlich unmöglich. 15 Proz. allgemeine Lohnsenkung in Deutschland heißt um 15 Proz. weniger verkaufen. Bei kleinerem Absatz tritt eine tatsächliche Kostensenkung nicht ein, denn der Anteil der unveränderlichen Kosten am verringerten Umsatz steigt. Würden die Preise — durch Zwang — um 15 Proz. gesenkt, so würde nur gleichviel verkauft, wie vor der Lohn- und Preisentwertung. Die Gewinne pro Einheit wären aber kleiner als vorher, da die Erhaltungs-, Betriebs- und Abschreibungskosten einem geringeren Erlös gegenüberstehen würden. Richtig allein ist in der Krise der Gedanke der Preisentwertung unter Aufsichtserhaltung mindestens der Reallohnkraft der in Arbeit befindlichen. Dazu müßte eine Politik der Arbeitsbeschaffung mit Anleihen treten — und eventuell — zum Teil auch aus psychologischen Gründen — die Streckung der Arbeit durch Arbeitszeitverlängerung.

Diesen Gesichtspunkten entspricht das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nicht. Dem Programm der Reichsregierung dennoch im Berliner Metallkonflikt zu folgen, wäre eine letztlich politische Lösung, und zwar eine Lösung, die für die Gesamtwirtschaft einem Rezept zur Krisenverhärterung gleiche, dessen Auswirkungen im kommenden Winter für Wirtschaft, Staatssicherheit und Staatsfinanzen unabsehbar wären.

Ende der Schuhkrise.

Die Gewinnabschlüsse in der Schuhindustrie.

Wie schon aus der ständig verbesserten Außenhandelsbilanz der Schuhindustrie zu ersehen war, geht es mit diesem Industriezweig wieder ziemlich rasch bergauf. Ganz abgesehen davon, daß die im Mai und Juni veröffentlichten Abschlässe für 1929 bei den bekanntesten Großunternehmen wie Salamauder und Conrad Laas Dividenden in Höhe von 14 und 9 Proz. brachten, zeigt sich jetzt auch bei den mittleren Fabriken eine erhebliche Verbesserung der Betriebslage.

So hat die Vögel-Schuhfabrik in Erfurt ihren Reingewinn vom Vorjahr bei dem Abschluß zum 30. Juni 1930 mit 398 000 Mark mehr als verdreifacht und damit die Verluste aus der Schuhkrise 1927/28 abdecken können. Auch die Durans Schuhfabrik in Erfurt, deren endgültiger Abschluß noch aussteht, wird nach dem Beschluß des Aufsichtsrats ihre Dividende von 5 auf 7 Proz. erhöhen, ein Beweis, daß die Schuhkrise nicht nur von den Großunternehmen überstanden ist.

110 Mill. Mark Uhrenproduktion.

Leistungssteigerung bedingt sinkenden Lohnanteil an den Herstellungskosten.

Der Enqueteauschuß hat jetzt im Verlage Müller & Sohn, Berlin, seinen neuesten Band über die Deutsche Uhrenindustrie veröffentlicht.

Der jährliche Produktionswert dieser Industrie hat sich gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt und belief sich im letzten Jahr auf rund 110 Millionen gegen etwa 50 Millionen im Jahre 1914. Bei einem Exportwert von 60 Millionen umfaßte im letzten Jahr die deutsche Uhrenaufuhr mehr als die Hälfte der gesamten Produktion. Rengemäßig ist die Fabrikation an Großuhren gegenüber der Vorkriegszeit von 10 auf 13,5 Millionen Stück und die Zahl der Taschenuhren von 1,5 auf rund 4 Millionen gestiegen. Die Konzentration in dieser Industrie ist sehr stark. Zwar existieren mehr als 300 Betriebe mit insgesamt 20 000 bis 25 000 Arbeitern, jedoch vereinigen vier Großunternehmen rund 60 Proz. der Großuhren- und über 90 Proz. der Taschenuhrenproduktion auf ihre Betriebe. Die Hochburg der Uhrenindustrie befindet sich im Südschwarzwald, wo etwa 81 Proz. der Gesamtbelegschaft beschäftigt sind.

Die Rationalisierung, die infolge der übermäßigen Aufblähung in der Inflationszeit für die Uhrenindustrie notwendig

wurde, beschränkte sich bei dem hohen technischen Stand der Fabrikation vorwiegend auf organisatorische Maßnahmen. Auch die Biegestärke der ausländischen Abnehmerkreise und die vielfachen individuellen Ansprüche der Käuferschaft zogen der Rationalisierung von vornherein gewisse Grenzen. So existieren zum Beispiel bei einem Großunternehmen Beckersuhren in 1030 Preislagen, Standuhren in 375 Preislagen und Wand- und Taschenuhren in etwa 300 Preislagen. Allerdings beschränken sich die individuellen Ansprüche der Käufer vorwiegend auf die Ausführung der Gehäuse, so daß die Uhrenwerke selbst überwiegend in serienweiser Massenherstellung hergestellt werden können. So bestehen beispielsweise für die mehr als 1000 verschiedenen Preislagen für Beckersuhren bei einem Großunternehmen nur fünf Werktypen.

Die Verteilung der einzelnen Kostenfaktoren schwankt bei den verschiedenen Uhrensorten stark. So stellt sich der Lohnanteil bei Beckersuhren auf 18 Proz., bei Wanduhren auf 21 bis 23 Proz., bei Taschenuhren dagegen bis auf 40 Proz.

Die Uhrenindustrie bietet ein klassisches Beispiel dafür, daß infolge schneller wachsender Leistungen der Arbeiterschaft der Lohnanteil an den Herstellungskosten trotz kräftiger Lohnverhöhungen sinkt. Der Stundenlohn und der Stücklohn sind vom Jahre 1913 bis 1930 z. B. in der Großuhrenindustrie von 38 auf 81 Pf. bzw. von 1,52 auf 2,05 M. gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich die Arbeitsleistung in 1000 Stunden von 220 bis 250 Stück bis auf 400 Stück erhöht. Da gleichzeitig der Durchschnittspreis je Stück von 4,35 M. auf 6,30 M. anstieg, ist der Lohnanteil seit der Vorkriegszeit um über zehn Prozent von 35 bis 39 Proz. bis auf 32,5 Proz. gesunken.

Formamint
zum Schutz
vor
Ansteckung
und bei Erkältungsgefahr



Das allbewährte, vieltausendfach von den Ärzten empfohlene Schutz- und Desinfektionsmittel für Mund und Rachen. Glas mit 50 Tabletten M. 1,25 in jeder Apotheke u. Drogerie.

Gewerkschaftserfolg bei Ulstein.

Wiedereinstellung des Genossen Pflanz trotz kommunistischer Willkür.

Vor einiger Zeit erregte die durch den kommunistischen Betriebsrat der Firma Ulstein erzwungene Entlassung des Hilfsarbeiters Pflanz, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, berechtigtes Aufsehen. Die Erregung in der graphischen Arbeiterschaft Berlins steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß Pflanz entlassen worden war, weil er durch eine Anfrage über den Stand der im Hause Ulstein eingeleiteten Lohnbewegung

den revolutionären Betriebsratsvorsitzenden Meyer „beleidigt“ haben sollte. Er klagte auf Schadenersatz. Das Arbeitsgericht verurteilte die kommunistischen Vertrauensleute Rehmig, Hente und Arndt zur Schadenersatzzahlung, da sie für den Beschluß der Rotationshilfsarbeiter verantwortlich waren, mit Pflanz wegen der „Beleidigung“ des kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden nicht mehr zusammenzuarbeiten. Das Gericht erklarte in der Urkunde des Genossen Pflanz keine Beleidigung und hielt die Entlassung für ungerechtfertigt.

Der kommunistische Betriebsrat suchte den Konflikt, denn er setzte bei der Firma die Entlassung des Genossen Pflanz durch, ohne die Gesamtarbeiterschaft zu befragen und ohne vorher Pflanz wegen seiner angeblichen Beleidigung vor der Hilfsarbeiterorganisation zur Rechenschaft zu ziehen. Das kommunistische Betriebsratsausführungsmitglied Hente vertieg sich sogar zu der Äußerung, daß die Wiedereinstellung des Genossen Pflanz

„nur über die Leiden der Kommunisten“

gehen würde. Trotzdem hat das Graphische Kartell die Wiedereinstellung erreicht. Auf Beschluß des Kartellvorstandes und der Funktionärerversammlung am 4. September wurde an die Firma Ulstein das Ersuchen gerichtet, Pflanz wieder einzustellen. Am 30. September antwortete die Firma, daß sie dem Verlangen des Graphischen Kartells Rechnung trage und Pflanz wieder einstelle.

Mit diesem Ergebnis beschäftigte sich am 1. Oktober eine neue Versammlung des Graphischen Kartells im Gewerkschaftshaus, die trotz mehrmaligen Beschlusses der Kommunisten, an der Versammlung nicht teilzunehmen, von mehreren Kommunisten besucht war. Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Grohmann vom Verband

der graphischen Hilfsarbeiter, schäuferte noch einmal die Ursachen und den Verlauf des Konflikts, der jetzt liquidiert werden müsse. Er forderte die Funktionäre auf, auch nach der Wiedereinstellung des Hilfsarbeiters Pflanz dafür zu arbeiten, daß

bei Ulstein wieder gefundene Verhältnisse

eintraten. Nach der Aussprache, in der alle Redner mehr oder weniger das Verhalten der kommunistischen Betriebsratsmitglieder verurteilten, wurde folgende Entschließung mit 66 gegen eine Stimme angenommen:

„Die im Gewerkschaftshaus versammelten Funktionäre der fünf im Graphischen Kartell vereinigten Organisationen aus dem Hause Ulstein u. S. stellen mit Genehmigung fest: Der Beschluß der Funktionärerversammlung vom 4. September 1930: „Der aus dem Ulstein-Betrieb durch die RPD. verdrängte Kollege Kurt Pflanz ist mit seinen alten Rechten und in seiner alten Abteilung wieder einzustellen.“ ist im Wege der Verhandlung zwischen den Organisationen und der Direktion der Ulstein u. S. durchgeführt. Das dem Kollegen Pflanz zugesagte Unrecht ist damit wieder gutgemacht.“

Gleichzeitig ist dem schuldigen Betriebsausschuß und den Abteilungsfunctionären bewiesen, daß man nicht ungestraft einen freien Gewerkschaftler wegen seiner Gesinnung und der sachlichen Kritik an der Arbeit des Betriebsratsvorsitzenden brotlos machen darf. Die freien Gewerkschaften haben gegenüber der unsinnigen Taktik der RPD. Recht behalten.“

Mit der am Montag erfolgten Wiedereinstellung des Genossen Pflanz bei der Firma Ulstein ist

eine kommunistische Schande beseitigt

worden. Den Kommunisten, die sich bei der Firma Ulstein als Herrenmenschen fühlten, ist durch den erfreulichen Abschluß dieses Konflikts mit aller Deutlichkeit die Macht der freien Gewerkschaften gezeigt worden. Die Meyer und Konstanten als die Vertreter der Betriebsorganisationsidee sind durch die Wiedereinstellung des Genossen Pflanz gehörig gestäubt worden. Für die Kommunisten eine verdiente Absuhr, für die graphische Arbeiterschaft eine Lehre für die Zukunft, gewerkschaftsschädigende kommunistische Betriebszellen mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Streik im Fuhrergewerbe?

Schlichtungsverhandlungen ergebnislos verlaufen.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, ist das Lohnabkommen für die Arbeiter im Berliner Schmier- und Leichfuhrergewerbe am 24. September abgeschlossen. Die Fuhrerrentenunion hatte es abgelehnt, mit dem Gesamtverband über die Erneuerung des Lohnabkommens zu verhandeln. In den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am 1. Oktober haben die Fuhrerrenten sich bereit erklärt, den in den Beiräten durch Anschlag angekündigten Lohnabbau von 11,50 M. pro Woche zunächst nicht vorzunehmen. Die Schlichtungsverhandlungen sind dann auf den 6. Oktober vertagt worden.

In den gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ist ein Schiedspruch nicht zustande gekommen. Die Arbeitgeber beharrten auf dem Abbau der Löhne, dem sich die Arbeitnehmerbeiräte entschieden widersetzen. Gewerbetar Köner erklärte daraufhin, daß er nicht in der Lage wäre einen Schiedspruch zu fällen, weil eine Kammermehrheit dafür infolge der unüberbrückbaren Gegensätze der Parteien nicht zustande kommen. Köner erklärte weiter, daß er nunmehr als Person den Parteien einen Vergleichsvorschlag unterbreiten werde, den er heute formulieren will. Er ließ durchblicken, daß er beabsichtige, in dem Vergleichsvorschlag die Verdienste für die Fuhrer um 5 M. wöchentlich zu kürzen, um 3,50 M. auf 4 M. zu kürzen. Des weiteren soll der Vorschlag die Vergütung für die Fuhrer an den Sonntagen von 3 M. auf 1,50 M. herabsetzen. Demzufolge würde sich der Wochenlohn für die Fuhrer um 5 M. wöchentlich ermäßigen. Das bedeutet also, daß der Lohn abgebaut wird.

Die Arbeiter der Branche nehmen zu der Lohnbewegung heute, Mittwoch, um 19½ Uhr, in Boeders Festsaal, Webersstraße 17, Stellung. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Brancheangehörigen in dieser Versammlung den Streik beschließen werden, der dann aller Voraussicht nach am Donnerstag früh in der Branche auf der ganzen Linie einsetzt. Der Gesamtverband ist fest entschlossen, den Kampf gegen den Abbau der Löhne mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Von den Bauarbeitern und sonstigen Arbeitnehmern, die mit dem Fuhrergewerbe in enger Verbindung stehen, wird erwartet, daß sie den Kämpfern gegenüber strengste Solidarität üben und dadurch für einen guten Ausgang des Kampfes Sorge tragen helfen.

Zür gerechte Lastenverteilung.

Protest der Berliner Beamten gegen Gehaltsabbau.

In einer vom Bezirksausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes einberufenen öffentlichen Versammlung im Zirkus Busch erhoben Sonntagvormittag die Berliner Beamten Protest gegen den Abbau ihrer Gehälter, den die Reichsregierung auf ihr Wirtschaftsprogramm geschrieben hat.

Dr. Böttner vom Bundesvorstand des ADB. betonte einleitend in seinem Referat, die Beamten hätten immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie sich als ein Teil des Volksganzen verpflichtet fühlen, mit zu den Lasten beizutragen, die dem deutschen Volke durch die allgemeine Not auferlegt werden. Wogegen sie jedoch protestieren, ist die Art der Lastenverteilung,

die im höchsten Grade ungerecht ist. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung schont den Besitz, bringt ihm sogar steuerliche Erleichterungen, während es in den am schlechtesten bezahlten Volksschichten untragbare Verpflichtungen auferlegt. Es ist höchst ungerecht, die Beamtengehälter schematisch um 6 Proz. herabzusetzen. Vor allem aber sei es unerantwortlich, die Freigrenze nur auf 1500 Mark jährlich festzusetzen. Während man bei den Befoldungsreformen 1924 und 1927 den höheren Beamten weit größere Gehaltszulagen gab als den niederen türzt man jetzt allen Beamten die Gehälter im gleichen Prozentsatz.

Der Familienstand wird dabei überhaupt nicht berücksichtigt. Ein Teil der Beamten würde nach den Vorschlägen der Reichsregierung noch geringer besoldet werden als bei der Festsetzung der Gehälter nach der Inflation. Daß solche Anschläge auf die Beamten verübt werden können, ist zum Teil auf die Beamten selbst zurückzuführen, und zwar denjenigen Teil, der seine Wahlstimme den Nationalsozialisten gegeben und damit zur Vermirrung der politischen Situation beigetragen hat. Auch für die Beamten sei es höchste Zeit, daß sie

endlich einmal anfangen, politisch zu denken,

denn von der Staatsform hängt nicht zuletzt auch ihr Berufschicksal ab.

Mit erdrückender Mehrheit nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der gegen die Gehaltskürzung um 6 Proz. protestiert, die Solidarität mit den Erwerbslosen zum Ausdruck gebracht und die Verpflichtung aller Volksgenossen zur Ueberwindung der Notstände betont wird. Zum Schluß heißt es in der Entschließung:

„Die Versammlung lenkt mit größtem Nachdruck die Aufmerksamkeit aller Beamten auf die ersten Gefahren hin, die der Demokratie und damit allen freiheitlichen Rechten und sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer einschließlich der Beamten drohen, falls diese reaktionäre und antisoziale Politik ihre Ziele erreichen würde. Aus diesem Grunde ist politische Aktivität und höchste Alarmbereitschaft mehr denn je auch für die Beamtenschaft das dringendste Gebot der Stunde.“

Die Kollegenschaft im ganzen Reiche wird aufgefordert, sich geschlossen einzureihen in die Abwehrfront der Arbeitnehmerschaft und mit ihr auf gewerkschaftlichem und politischem Boden gemeinsam zu kämpfen gegen Faschismus und Diktaturgefahr, für Freiheit und Demokratie.“

Betriebsratwahl bei Drenstein.

Die freien Gewerkschaften gewinnen zwei Mandate.

In der angeblichen „RPD.-Domäne“ Drenstein u. Koppel in Spandau erfolgte am 3. Oktober die Betriebsratswahlen. Die „Oppositionellen“ machten gewaltige Anstrengungen. Trotzdem konnten sie nicht verhindern, daß die freien Gewerkschaften zwei Mandate gewannen. Das Abstimmungsergebnis war folgendes:

An der Wahl beteiligten sich 949 Personen, davon entfielen auf Liste 1 (RPD.) 540 (1929: 473), Liste 2 (Freie Gewerkschaften) 398 (1929: 325 Stimmen), ungültig waren 10 Stimmen. Bei den Angestellten war das Resultat: Liste 1 des GDA. 29 (1929: 33), Liste 2 (Freie Gewerkschaft) 77 Stimmen

(1929: 74), ungültig 13 Stimmen. Die Mandate verteilten sich: Arbeiterrat: Liste 1 (RPD.) 6 Sitze (1929: 7), Liste 2 (Freie Gewerkschaften) 5 Sitze (1929: 4). Angestelltenrat: Liste 1 (GDA.) 1 Sitz (1929: 2), Liste 2 (Freie Gewerkschaft) 5 Sitze (1929: 4).

Trotz aller Lügen und Verleumdungen konnten die Kommunisten den Aufstieg der freien Gewerkschaften nicht verhindern. Der Mandatserlaß trifft die RPD. um so schmerzlicher, als sie alles aufgebieten hatten, um wenigstens die zwei Mandate zurückzuerobieren, die sie bei der vorausgegangenen Wahl eingebüßt hatten.

SW. 68 vor Gericht.

13 entlassene Posthelfer verklagen die Reichspost.

Vor dem Berliner Arbeitsgericht läuft gegenwärtig ein bemerkenswerter Prozeß 13 entlassener Posthelfer gegen das Berliner Postamt SW 68 in der Lindenstraße. Die Helfer behaupten, daß ihre Entlassung eine unbillige Härte darstelle und klagen auf Wiedereinstellung. Die Entlassenen sind zu einem großen Teil verheiratete Familienväter, von denen verschiedene schon fünf Jahre bei der Reichspost beschäftigt sind; alle Entlassenen aber hat die Kündigung in der jetzigen Zeit der Krise besonders hart getroffen.

Die 13 Kläger führten in der letzten Verhandlung vor dem Arbeitsgericht an, daß es kein Zufall wäre, wenn dienstjüngere und vor allem sozial stärkere Arbeitsträfte beim Postamt SW 68 verblieben sind, während die Amtsleitung gerade sie als ältere Helfer auf die Straße gesetzt hat. Die Amtsleitung habe nämlich ausgeplaudert, der Amtsräger wäre nicht mehr beweglich genug, der Apparat sei überaltert. Das heißt mit anderen Worten, die 13 Entlassenen sind dem Postamt SW 68 zu teuer, zumal sie Vollhelfer waren und nach einer fünfjährigen Dienstzeit in den Genuss eines größeren Kündigungsschutzes gekommen wären. Die Verhandlung erfuhr eine besondere Zuspitzung, als die Amtsleitung erklärte, wer die Reichspost verklage, werde unweigerlich entlassen, könne also auch nicht auf eine eventuelle Beschäftigung als sogenannter Stundenhelfer mehr rechnen. Es kommt hinzu, und dies kennzeichnet besonders

das antisoziale Verhalten der Amtsleitung von SW 68,

daß von einem Arbeitsmangel überhaupt keine Rede sein könne, außerdem haben die 13 entlassenen Posthelfer immer ihre Arbeit zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten ausgeführt.

Genosse Sehnar vom „Gesamt-Verband“ rügte scharf dieses Verhalten der Amtsleitung und verlangte eine bindende Erklärung der Oberpostdirektion Berlin darüber, ob sie sich die Einstellung der Amtsleitung von SW 68 etwa zu eigen machen wolle, nach der jeder entlassen wird, der die Reichspost verklagt. Darüber hinaus stellte Genosse Sehnar fest, daß die Oberpostdirektion Berlin den geltenden Tarifvertrag verletzt hat. Nach dem klaren Wortlaut der Bestimmungen dieses Vertrages galten alle der Oberpostdirektion Berlin angeschlossenen Ämter als ein Betrieb, die Entlassenen hätten also auf anderen Ämtern untergebracht werden müssen, wo übrigens in der Zwischenzeit Reinstellungen vorgenommen wurden! Genosse Sehnar ließ keinen Zweifel darüber, daß der „Gesamt-Verband“ Tarifverträge nicht zum Vergnügen abschleife.

Da die Vollmachten der Vertreter von SW 68 nicht ausreichen, wird sich zur nächsten Verhandlung ein Vertreter der Oberpostdirektion bemühen müssen.

Achtung, hier Welle Lohnabbau!

Die Angestellten des Westdeutschen Rundfunks gekündigt.

Köln, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Den 222 Angestellten des Westdeutschen Rundfunks, vom Intendanten bis zur Puhfrau, wurde ohne besondere Erklärung gekündigt. Der Zweck der Kündigung ist, die Gehälter und Löhne zu drücken. Die Angestellten haben auf Grund des Betriebsratsgesetzes gegen die Kündigung Einspruch erhoben.

Ruhiger Verlauf des französischen Professionsstreiks

Paris, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Der 24stündige Generallstreik der französischen Bergarbeiter ist ohne Zwischenfall verlaufen. Im Grubengebiet von Voisins hatten die Arbeiter freiwillig sämtliche Gruben geschlossen. In Nordfrankreich beteiligten sich 98 Proz. der Belegschaften am Streik, im Grubengebiet an der Loire betrug die Zahl der am Streik beteiligten 90 Proz. und im Gebiet von Vuz de Deime 75 Proz.

Mehrarbeitsabkommen verlängert.

Der Arbeitsminister für die Unternehmer.

Das Mehrarbeitsabkommen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 20. Dezember 1928, das von den Angestelltengewerkschaften zum 30. September 1930 gekündigt worden war, ist durch Schiedspruch des vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Sonderrichters mit geringen Änderungen ab 1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt worden. Die Kündigung ist zum Vierteljähreschluß mit einmonatiger Frist möglich.

An Zucker sparen,
grundverkehrt!
Der Körper braucht ihn —
Zucker nährt!

Wenn Du durch
Unfall auswärts
unfähig wirst



vorübergehend oder dauernd, — wie's Ihnen heutzutage jeden Tag passieren kann — was dann? Sichern Sie sich für den Fall vorübergehender Arbeitsunfähigkeit Tagegelder und Kurkostenersatz; für den Fall dauernder Arbeitsunfähigkeit einmalige Kapitalzahlung oder lebenslängliche Rente; und für den Fall eines Unfalldes die Versorgung Ihrer Angehörigen durch eine ausreichende Versicherungssumme! Unsere Bedingungen sind vorteilhaft, wir regeln die Schäden rasch und sorgfältig!

Jeder Tag erlösen wir 1200 Schicksale.
Jede Stunde zahlen wir für Schäden Reichsmark 12.900. Jede Minute — Tag und Nacht — werden man von einem Schaden.

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIE-GESELLSCHAFT

Über 3000 Mill. Reichsmark Lebensversicherungen laufen bei der ALLIANZ UND STUTTGARTER LEBENSVERSICHERUNGSGESELLSCHAFT

